

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Ost- u. Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Lettland, 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Soll und Zeit“ mit „Sich- lung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 9. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontonr.: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschkens-Gesellschaft, Dönhofsstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigen- zeile 0,20 Goldmark, Restzeile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 0,20 Goldmark (ausdrücklich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote des ersten Wortes 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,26.
Kleinere für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Unser Landesverrat.

Was stand in dem Götz-Brief? - Kommandiert Kahr die Reichsjustiz?

Das republikanische Witzblatt „Lachen links“ bringt in seiner neuesten Nummer ein Bild, auf dem man sieht, wie ein Zivilist unter schweren Mißhandlungen von einer bewaffneten Bande weggeschleppt wird. Eine Justitia mit schiefer Woge und einem täuowier'en Hakenkreuz auf dem Arm tritt auf den Anführer zu und fragt ihn, was der Mann verbrochen habe. Der Anführer, der einen noch rauchenden Revolver in der Hand hält, antwortet: „Er hat Landes- verrat begangen, er hat behauptet, wir wären bewaffnet.“

Vorgestern sahen das noch ein großer Witz, seit gestern ist es platte Wirklichkeit.

Die Hitlergardien hatten in der gesegneten Aera Kahr ihre Schießprügel sonntäglich spazieren getragen und Feld- dien-tübungen abgehalten. Das geschah unter den Augen der gesamten Münchener Bevölkerung, unter den Augen der kon- sularischen Auslandsvertreter, unter den Augen der aus- ländischen Berichterstatter, die darüber fleißig ihren Zeitungen telegraphierten. Im Herbst 1923 sammelten sich Ehrhart- Truppen an der bayerisch-büdingischen Grenze, auch sie trugen ihre Waffen am hellen Tage mit sich herum und mach- ten die ganze Welt zum Zeugen eines sich vorbereitenden deut- schen Bürgerkriegs. Am 8. November trat schließlich in München der Ernstfall ein, die „nationale Revolution“ wurde in Szene ge- eht und ganz München stürte von Waffen. In- zwischen ist diese nationale Revolution gerichtlich erledigt wo den durch den Freispruch Ludendorffs und die Ver- urteilung einiger seiner Spießgesellen zu lächerlich geringen Gefängnisstrafen.

Das war das Vorspiel. Jetzt kommt die Hauptsache. Jetzt kommt das Landesverratsverfahren gegen den „Vorwärts“, weil dieser durch Abdruck eines mensch- lichen Dokuments im Ausland die Vermutung geweckt hat, daß die in München zur Schau getragenen Waffen auch — irgendwo aufgehoben und von irgend jemand ausgegeben worden seien.

Am 3. Februar veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Brief, den der Hitler-Offizier Götz in München an seinen Freund und Kameraden Kraßke in Berleberg geschrieben hatte. Die Veröffentlichung dieses Briefes bildet den Gegen- stand des eingeleiteten Verfahrens. Es lohnt sich daher, seinen Inhalt der Welt ins Gedächtnis zurückzurufen, damit sie sich über diesen Fall ihr eigenes Urteil bilden kann. Für Miß- traufische sei bemerkt, daß die „inkriminieren Stellen“ keines- wegs unterdrückt, sondern ganz besonders hervorgehoben werden sollen.

Götz schreibt an Kraßke am 26. November unter dem härtesten Eindruck eigenen Erlebens in tiefer Enttäuschung und Erbitterung. Nicht „Heidentreue“ habe er erlebt, son- dern „den gemeinsten Schleim von Verrat und Hinterhältigkeit“. Er erzählt — und nun kommen die „inkriminieren Stellen“ — wie er Ordre bekam aus den Kellern des St. Annen-Klosters Gewehre zu holen. Er be- gibt sich dahin, wird vom Prior begeistert empfangen und an den vermauerten Eingang des Waffenlagers geführt. Und nun hören wir weiter seine mörliche Schilderung:

Ich ließ meine Leute mit Pikel und Schaufel kommen, brach eine 1 1/2 Meter hohe Mauer auf und — habe vor mir ein Riesengewölbe mit, wie sich später ergab, 8570 tadellosen Ge- wehren. Sie wegzutransportieren war zunächst unmöglich, da mit trotz meiner 420 Mann keine genügende Anzahl dazu übrig blieb. Auf Anforderung bekam ich 3 Kompanien von „Oberland“ unterstellt und 14 Lastwagen mit Anhänger. Nun gab es ein herrliches Bild! Durch endlose Gänge und zwei Stockwerke (unter der Erde) wurden nun die Gewehre durch Ketten von Mann zu Mann gereicht, durch Gänge und Treppen bis auf die Straße zu den Lastwagen. Lautlos ging alles! Am Bod, aus dem die Ge- wehre geholt wurden, standen

Kapuzinerköpfe mit Pechschalen

und drinnen arbeiteten schwächelnde Kräfte im möglichen Licht meine Leute. Es war ein unvergleichliches Bild!

Von wem nun waren die Gewehre? Von der EW, und der schriftliche Befehl, diese Gewehre zu holen, war unterzeichnet: Dr. von Kahr!! Also er hat uns zuerst noch bewaffnet!

Götz erzählt dann weiter, wie er aus den Stahlfam- mern der Dresdener Bank 3200 Kisten Munition abholte. Um 8 Uhr morgens hat er seine Mission erledigt, trifft an der Stätte der historischen Begebenheiten, im Bürgerbräu Keller, wieder ein, er erlebt wie Teile der Reichswehr aufmarschieren und sieht, wie sich „ein riesiges Heerlager“ bildet mit Minenwerfern, Ge-

schützen usw. Und nun lassen wir ihn von seinem Bürger- bräuabenteuer wieder selbst erzählen:

Wie ich durch ein Nebenzimmer gehen will, treffe ich auf Posten, die nur Offiziere dort einliehen. Ich ging hinein und wollte mich holt totschlagen, wer war da drin? 58 Juden, größtenteils in Unterhosen und Socken, wie sie aus dem Bett geholt wurden, kein Kleidungsstück dürfen die Hunde mitnehmen! Ein Geschrei haben sie an sondersgleichen! Als sie keine Ruhe gaben, zog ich scherzeshalber die Pistole,

worauf Grabesruhe herrschte und nur Herr Josefssohn vom Hotel Königshof schreie: „Bitte, Herr Major, lassen Sie mitteilen meiner Frau, daß es mer geht nicht schlecht und daß ich lebe.“

Ich lachte ihm ins Gesicht

und sagte im Weggehen, daß ich das nicht könne, denn soviel ich wußte, begannen die Erschi-ßungen in einigen Minuten. Nach diesem Intermezzo trat alles zum Löhnungsappell an, wobei jeder Mann 2 Billionen erhielt.

Götz ist noch immer im Glauben, daß dies alles in dauerndem Einverständnis mit Kahr und Löffow geschehe. Die erste Enttäuschung erlebt er am 9. November 12 Uhr mittags, wie 60 Mann Sipo an der Ludwigsbrücke ihm und seinen Leuten den Weg versperren. Die Sipo wird überrannt und entwaffnet. „Prügel bekamen sie auch“, erzählt Götz. „Ich bekam einen Unteroffizier am Hals zu fassen, bog ihn etwas über das Brückengeländer, daß sein Helm in die Nar slog und riß ihm mit der freien Hand seine Koppel mit Pistole herunter.“

Nach so friedlichem Verhalten ist die Götz-Mannschaft höchlichst erstaunt, am Mar-Josef-Platz in „ein wahnsinniges Prasseln von Geschossen“ zu geraten. Das war der berühmte Verrat. Der Brief klingt in ein wahnsinniges Geschimpfe auf „die Bluthunde Kahrs“ aus und endet mit den Worten:

Und nun lassen Sie mich schliefen, wenn auch erst ein Bruchteil erzählt ist. Geben Sie mir bitte umgehend Bescheid, ob Sie diese

Zeilen gut erhalten haben. Verbreiten Sie nach Möglichkeit die Tatsachen und halten auch Sie da oben Ihre Leute zusammen.

Götz hat bei seiner Vernehmung behauptet, er hätte in seinem Brief mit Absicht die Unwahrheit gesagt, um Kraßke als Spitzel zu entlarven, und dieser sei auch richtig in die Falle gegangen. Das ist eine sehr dumme Ausrede. Wenn man einen Spitzel entlarven will, schreibt man ihm: „Halten Sie meinen Brief streng geheim“, und wird der Brief dann doch veröffentlicht, so ist die Entlarvung gelungen. Götz fordert aber Kraßke auf, „die Tatsachen nach Möglichkeit bekannt zu machen“. Das hat Herr Kraßke auch getreulich getan, indem er den Brief zirkulieren ließ, bis er, ganz ohne seine Schuld, eben in „unrechte Hände“ geiangle.

Jedoch — wenn Götz bei seiner Vernehmung gelogen hat, so ist das natürlich kein Beweis dafür, daß er in seinem Brief die Wahrheit sagte. Für die Glaubwürdigkeit und die sonstigen moralischen Qualitäten des Herrn Götz möchten wir uns in keiner Weise einsehen. Wir haben im Gegenteil sein Schreiben zum Abdruck gebracht, um unseren Lesern Ein- blick zu gewähren in den Abgrund sittlicher Ver- worrenheit, der sich in München aufgetan hat. Der Götz-Brief ist ein psychologisches Dokument der „nationalen Revolution“ und als solches geradezu klassisch. Der Mann, der sich rühmt, wehrlose Gefangene geradezu bestialisch mißhandelt zu haben, der seinen Angriff auf die Sicher- heitspolizei als Heldentat schildert, tobt sich ein paar Zeilen weiter in wüsten Schimpfereien aus, weil sein Unternehmen schließlich doch auf bewaffneten Widerstand gestoßen war. Dieser Götz hat aber wahrhaftig keinen Anlaß, andere „Blut- hunde“ zu nennen, er ist selber einer und renommierter noch damit in der widerlichsten Weise.

Daß gegen diesen Götz, der sich selber des Hochverrats und des bewaffneten Angriffs auf die Staatsgewalt beschul- digt, ein Verfahren eingeleitet worden wäre, davon hat man

Abschluß des Reichsbahnkonflikts.

Angeichts der geschlossenen Front der Eisenbahnergewerkschaften hat sich die Reichsregierung im letzten Augenblick dazu verstanden, dem Lohnabkommen ihre Zustimmung zu geben. Stünde die Reichsregierung nicht unter dem Druck der Unter- nehmer, dann hätte sie niemals ihre Zustimmung zu einem mühsam zustande gekommenen Abkommen verweigert, das den so schlecht bezahlten Eisenbahnarbeitern die bescheidene Zulage von 6 Pf. die Stunde bringt. Es dürfte die Autorität dieser Oberbürgermeisterregierung gewiß nicht heben, wenn sie nunmehr sich gezwungen sah, dem getroffenen Abkommen doch ihre Zustimmung zu geben.

Es ist ungeheuerlich, daß man die Deffentlichkeit mit an- geblichen währungsopolitischen Gründen zu täuschen versuchte, während es sich in Wirklichkeit nur um eine Lappalie handelte. Die Eisenbahner betrachten dieses Lohnabkommen nur als eine Abschlagszahlung. Nur die große Arbeitslosigkeit, der vorgenommenen Abbau und die Rücksicht auf die ganz allgemein noch so niedrigen Löhne der Industriearbeiter hat sie dazu be- wogen, sich mit dieser Abschlagszahlung zufrieden zu geben. Aber sie werden sich am 4. Mai erinnern, daß es eine bürgerliche Reichsregierung, gestützt und getrieben von den Unternehmerorganisationen war, die ihnen auch diese bescheidene Forderung zu verweigern versucht hat.

Sachlich sei noch hinzugefügt, daß in den gestern statt- gefunden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium eine Einigung in der Arbeitszeit dahin erzielt wurde, daß grund- sätzlich der Achtstundentag anerkannt wurde, aber in Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage Heber- kunden angeordnet werden können. Für die neunte Stunde wird der übliche Stundenlohn bezahlt, für die zehnte erfolgt der tarifliche Zuschlag. Für die Oberbauarbeiter, d. h. die Streckenarbeiter, die Saisonarbeiter find, erfolgt für die im Sommer geleistete zehnte Arbeitsstunde, die im Jahresdurch- schnitt durch Freizeit ausgeglichen wird, ein Zuschlag von 5 Pfennig. Alle Arbeiter, die sich im Ausstand befinden, oder ausgesperrt worden sind, werden wieder eingestellt. Die weiteren Verhandlungen, die Detailfragen betreffen, be- ginnen Donnerstag.

Jedoch, wenn wir sagten, daß eine geschlossene Front der Eisenbahnergewerkschaften diesen Erfolg errungen hat,

so müssen wir eine Einschränkung machen. Die Front be- stand aus dem freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverband und den christlichen und Hirsch- Dünkerschen Organisationen. Es gibt daneben aber noch eine kommunistische Organisation, den sogenannten Freien Eisenbahnerverband. Als der Kampf zum Abschluß kam, veröffentlichte diese Organisation einen Auf- ruf, in dem sie die Eisenbahner aufforderte, „Vorbereitungen“ zum Kampf zu treffen und den Anweisungen des DEB. nicht Folge zu leisten...

Nachdem nun der Kampf als abgeschlossen betrachtet wer- den kann, können wir gewisse Tatsachen mitteilen, die wir aus begrifflichen Gründen während des Kampfes zu ver- öffentlichen uns scheuten.

Diese angeblich so revolutionäre Organisation, die mit den Methoden und auf Befehl von Moskau den deutschen Eisen- bahner die Freiheit und sonstige schöne Dinge zu bringen versprach, hat während der langen Monate, die dem Kampf vorhergingen, nicht nur nichts getan, als der Kampf aus- brach, hat sie den Streikbruch betrieben. Während der DEB. 10 000 Mitglieder im Ausstand hatte, haben die Mitglieder des Freien Eisenbahnerverbandes z. B. im Elber- felder Bezirk erklärt, daß sie an dieser Bewegung nicht teilnehmen. In Opladen und in Schwerte (Ruhr) haben die Mitglieder dieser kommunistischen Organisation offen erklärt, daß diese Bewegung des DEB. kaputtgemacht werden müsse. In Karlsruhe i. B. hat der Führer des Freien Eisenbahnerverbandes, Bührle, die Eisenbahner aufgefordert, wieder in den Betrieb zu gehen.

Wenn es wahr wäre, was die KPD. heute erzählt, daß die KPD. die alleinige Partei sei, die einen wirk- lichen Kampf gegen das Kapital führt, wo war denn die KPD. die ganzen Monate gewesen? Und wo war sie insbesondere in diesem Kampf? Sie hat sich diesmal, wie früher, gedrückt, ja sie ist diesmal, teils aus Feig- heit, teils in der Hoffnung, die Bewegung und damit den DEB. kaputt zu machen und die Trümmer zu erben, zum Streikbrecher geworden. Damit ist der Stab über sie gebrochen.

bisher kein Sterbenswort gehört. Aber gegen den „Vorwärts“ und seinen verantwortlichen Redakteur, unseren Kollegen Ernst Reuter, wird ein Landesverratsverfahren angestrengt, weil in dem Göttinger Brief Angaben über die Herkunft der nationalsozialistischen Waffen — richtige oder falsche — enthalten waren.

Am Tage nach der Veröffentlichung, am 4. Februar, erklärte die bayerische Regierung, der „Vorwärts“ habe „durch die Bekanntgabe der Mitteilungen über die geheimen Gewehr- und Munitionsbestände einen glatten Landesverrat begangen, der nicht ungeahndet bleiben könne“. Die bayerischen Regierungsstellen setzten sich dieserhalb sofort mit der Reichsregierung ins Benehmen. Was tat die Reichsregierung? Hatte sie nur eine Spur von politischem Fingerspitzgefühl und von Selbstachtung, dann antwortete sie der bayerischen Regierung — mit Götting, das heißt nicht mit dem neuen, sondern dem alten, dem von Verächtlichen.

Was tat die Reichsregierung, Emminger u. Co.? Sie leitete den Münchener Antrag weiter, und so kommt es, daß heute im Auftrag des ausgerissenen Hochverraters Rahr gegen den „Vorwärts“ wegen Landesverrats prozessiert wird.

Gegen das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie wird der schmutzige und entehrende Vorwurf des Landesverrats erhoben. Wir weisen diesen Vorwurf mit Verachtung zurück. Eine Beurteilung des „Vorwärts“ wegen dieses ehrlosen Verbrechens würde nur diejenigen treffen, die sie etwa aussprechen sollten.

Aber vielleicht hat die juristische Hirnseuche, die Best der Landesverratsprozesse, die kulturgeschichtlich allenfalls nur noch mit der Best der Hexenprozesse verglichen werden kann, mit diesem Fall doch ihren Höhepunkt überschritten. Das Fieberthermometer zeigt 40 Grad, lange ist diese Temperatur nicht auszuhalten.

Möge die Krise die Befundung beschleunigen. Möge sie uns dem Tag näherbringen, an dem eine deutsche Schande gutgemacht und — Fehrenbach aus dem Zuchthaus befreit wird!

Aber das wird nur dann der Fall sein, wenn sich zeigt, daß es in Deutschland noch Menschen gibt, die sich ein gesundes Gefühl für das Recht bewahrt haben und die für das Recht zu kämpfen bereit sind.

Jarres redet weiter!

Reichsinnenminister Dr. Jarres hat in Hildesheim eine Rede gehalten, in der er einer III.-Wahlung zufolge u. a. ausführte:

Der Hitler-Prozess war unserem Ansehen sehr abträglich; aber Veröffentlichungen, wie die des Professors Duidde, müssen geradezu als Vaterlandsverrat bezeichnet werden. Wir haben die Verpflichtungen, den Gedanken der Wahrhaftigkeit aufrechtzuerhalten. Die deutsche Jugend müsse für alle Eventualitäten der Zukunft wachetretet werden. Es könne die Zeit kommen, wo das zerbrochene Schwert wieder zusammengeführt werden muß. Dieser Augenblick ist mit Klugheit abzuwarten.

Indem Herr Jarres die Veröffentlichungen Duiddes als Landesverrat bezeichnet, greift er als Chef der Verwaltung in ein schwebendes Verfahren ein. Er boeinflusst die Richter in einem dem Angeklagten ungünstigen Sinne. Das ist rechtswidrig und läßt auf eine Gesinnung schließen, für die ein parlamentarischer Ausdruck fehlt. Glaubt Herr Jarres vielleicht, eine derartige Haltung eines Reichsministers sei dem Ansehen des Reiches weniger abträglich als der Hitler-Prozess?

Herr Jarres hat sich in letzter Zeit öfters so gebärdet, als ob er und nicht Dr. Stresemann Außenminister sei, und dabei erheblichen Schaden angerichtet. Seine Hildesheimer Rede zeigt, daß er mit Wilhelm II. nicht nur die Vorliebe für gewisse pompöse Gesteien gemein hat. Wir haben gegen den Gedanken einer gelunden Wehrkraft des Volkes nicht das geringste einzuwenden und sind der Ansicht, daß alle Völker daselbe

Recht haben, ihre Verteidigung so einzurichten, daß sie vor Angriffen sicher sind, aber die Worte des Innenministers lassen den gewagtesten Kombinationen Spielraum und können nur die eine Wirkung haben, den Scharmachern auf der anderen Seite ein neues Schlagwort zu liefern. Es wird Zeit, daß der Minister, der die Wirkung seiner Worte und Seiten offenbar nicht abzuschätzen versteht, verschwindet, ehe er noch größeres Unheil anrichtet.

An zuständiger Stelle wird die Richtigkeit der offiziellen französischen Darstellung der Gnadenmaßnahmen für Drepper bestätigt, ebenso die Tatsache, daß Hoefch und Stresemann der französischen Regierung ihren Dank für die Freilassung des inzwischen Verstorbenen ausgesprochen hatten. Von einem Abdrücken von der Rede des Herrn Jarres hört man hingegen natürlich nichts: Das Schicksal der Ruhefontänen und Ausgewiesenen ist auch nicht so wichtig, wie eine schöne „nationale“ Agitationsparole für die von der äußersten Rechten so stark bedrohten Deutschen Volkspartei. . . .

Völkisches, Allzuvölkisches.

Die Hausburschen der Juden und die „Deutsche Zeitung“.

Der deutschvölkische Antisemitismus nimmt immer merkwürdiger Formen an. Die „Deutsche Zeitung“ stellt neuerdings den Grundgedanken auf: „Erst müssen die Hausburschen der Juden fort, dann kommt der Parlamentarismus ganz von selber.“ Aber man geht fehl, wenn man annimmt, daß sich die Attende nur gegen die „Marxisten“ und Demokraten wendet. Die „Deutsche Zeitung“ stellt ausdrücklich fest:

Der schlimmste Feind sind die Jüdischverfluchten, die mit jüdischem Gold vergilberten Adelswappen, und die Leute, die aus Schlicht, Weibchen und Trägheit ohne „Hoffjuden“ nicht glauben auskommen zu können.

Wer zählt die Völkischen, die nach dieser Eröffnung die Flucht aus dem Hakenkreuzlager ergreifen müssen! Selbst Wulle dürfte ein wenig bänglich zumute werden.

Ein völkischer „Führer“.

Am 2. April veranstalteten die Völkischen in einer demokratischen Versammlung in Charlottenburg einen ihrer üblichen Krachs. Ein demokratischer Teilnehmer, der den Führer der randalisierenden Horde, Rosen, zur Rede stellte und von ihm darauf um Namen und Adresse „gebeten“ wurde, erzählte seine weiteren Erlebnisse mit dem völkischen Heiden in der „Völkischen Zeitung“ folgendermaßen:

Am nächsten Tage rief bei mir ein angeblicher Rechtsanwalt Brandt an und erklärte: „Herr Rosen sei bereit, die Angelegenheit gütlich beizulegen, wenn ich den „Lüner“ bebauernd schriftlich zurücknehme, gleichzeitig 10 Mark einsetze, die er (der Rechtsanwalt) für seine Bemühungen beanspruche. Sonst würde geklagt. Ich lehnte ab, worauf es hieß, Herr Rosen wolle mir noch weiter entgegenkommen. Er begnügte sich mit der Zurücknahme ohne ausdrückliches Bedauern unter Einzahlung der 10 Mark, und zwar hätte er um Erledigung bis Ende der Woche. Am Sonnabend, den 5. April, bestellte mich ein mir bis dahin unbekannter in ein Café, stellte sich als Angekletter der Technischen Hochschule vor und erzählte, daß dieser angebliche Rechtsanwalt Herr Rosen selbst gewesen sei, der mich in Gegenwart von drei Ohrenzeugen angerufen habe. Herr Rosen sei Führer im Jungbismarckbund und als Leiter der standstillierenden Jungens oder wenigstens eines Teiles derselben in der Versammlung gewesen. Er habe dem Jungbismarckbund die Spitze zu einer Fahnenstange gestiftet, die an diesem Sonnabend überreicht werden soll, und die 10 Mark koste.“

So sehen die „Führer“ der Völkischen, bei Tageslicht gesehen, aus!

Verboten!

Hamburg, 8. April. (W.B.) Die „Hamburger Volkszeitung“ ist neuerdings wegen eines Artikels, der sich gegen die Technische Hochschule und den Polizeikommissar richtete, für drei Tage verboten worden.

Die Lügenheke fängt wieder an. Falschmeldungen über Sachsen.

„Total-Anzeiger“, „Tag“ und wie die B. m. b. H. sonst noch hieß, die feinerzeit die Schauermärchen über Sachsen und Thüringen verbreitete, hat sich zu einem neuen Kreuzzug gegen Sachsen zusammengesunden. Sie lanciert diesmal die Nachricht in die Öffentlichkeit, der sächsische Innenminister habe ohne Vorwissen des Kabinetts die vom Militärbefehlshaber aufgestellte Hilfspolizei beseitigt und die verabschiedeten republikanischen Polizeibeamten wieder eingestellt. Die Nachricht war darauf zugeschnitten, eine Ministerkrise in Sachsen zu provozieren. Demgegenüber stellt die sächsische Regierung fest:

Die betreffenden Beamten beziehen seit Monaten ohne Tätigkeit ihr volles Dienstlohn vom Staat. Es ist daher notwendig, daß die gegenwärtige Regierung über ihre weitere Verwendung Entscheidung faßt. Unrichtig ist, daß die Entschließung der Regierung bereits in der von der Presse gemeldeten Weise getroffen worden sei. Richtig ist nur, daß geplant wird, der Polizeimajor Kneißch und die Polizeihauptleute Reibel und Hoffmair bei dem Polizeipräsidenten Dresden wiederum zu verwenden. Es sollen aber diese drei Polizeioffiziere nicht im Exekutivdienst, sondern lediglich im Innendienst Verwendung finden. Was den Polizeioberst Schühner anlangt, so ist zwar dessen Veretzung nach Leipzig ins Auge gefaßt, aber auch dieser Offizier soll nicht im Exekutivdienst tätig sein. Ueber Polizeihauptmann Schneidbach und Oberpolizeikommissar Schmidt endlich ist noch keinerlei Verfügung getroffen. Ihre Wiederverwendung bei der Polizei ist nicht in Aussicht genommen. Im übrigen wird die Gesamtregierung noch zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Unwahr ist, daß eine Verfügung über die Aufhebung der Hilfspolizei ergangen ist. Richtig ist nur, daß vorläufig Richtlinien für die Ueberleitung der Hilfspolizei in die Landespolizei aufgestellt sind, die den von der Reichsregierung aufgestellten Grundzügen nicht nur entsprechen, sondern über diese noch hinausgehen. Bei dieser Sachlage liegt nach Auffassung der sächsischen Regierung für die Reichsregierung keinerlei Grund zur Beschwerde vor. Auch entbehren die von einem Teil der Presse an diese Falschmeldungen geknüpften Kombinationen jeder Begründung.

Es ist zu erwarten, daß die Lügen-G.m.b.H. nunmehr in Enttäuschung über die Wiederwendung der republikanischen Beamten machen und, wenn nötig, auch versuchen wird, die Reichsregierung gegen die sächsische Regierung scharf zu machen. Die sächsische Regierung wird demgegenüber zu beweisen haben, daß sie sich durch völkische Schandmänner nicht in ihrer wirklichen Aufbauarbeit stören läßt.

Die deutsche Schmach.

Dresden, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagabend fanden in Dresden vier stark besuchte Versammlungen der B.S.P. gegen die Justizschmach statt. Die Redner entwarfen übereinstimmend das Bild einer Justiz, die der Welt dauernd zu beweisen sucht, daß es in Deutschland keine Rechtsprechung gibt. Rechtsanwalt Gen. Graf-Kleist beschränkte sich auf die Verteidigung in dem Landesverratsverfahren gegen Zeigner übernommen habe. Das Verfahren sei auf Grund einer Anzeige, die Ende Oktober beim Oberreichsanwalt erstattet wurde, anhängig gemacht worden. Die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß in der Zwischenzeit das Material gesammelt worden sei, bezeichnete er als unwahr. Er selbst habe am Sonntag dem Untersuchungsrichter sagen müssen, wo die beiden Reden Zeigners, auf die sich die Anklage stützt, zu finden seien. Obwohl also der Untersuchungsrichter den Inhalt der Reden heute noch nicht kennen, habe er eine Untersuchung wegen Landesverrats beantragt. Auf Befehl des Oberreichsanwalts ist dem Genossen Graf am Sonnabend vom Untersuchungsrichter erklärt worden, daß er auch als Verteidiger mit Zeigner nicht unter vier Augen sprechen dürfe. Man wies dem Genossen Graf sogar ein Schreiben vor, in dem ihm das Verbot mitgeteilt wurde. Schließlich mußte man aber doch dem § 147 der Strafprozeßordnung Rechnung tragen. Dem Justizminister Bünger warf Genosse Graf vor, daß er einseitig versucht hat, Zeigner besetzende Zeugen heranzuziehen.

Eugen d'Albert.

Von Dr. Kurt Singer.

Der 60jährige Eugen d'Albert kann auf eine 45jährige künstlerische Tätigkeit zurückblicken. In Glasgow kam er zur Welt, und der kompositorisch begabte Vater vererbte den Drang nach Kunst auf den Knaben, der die Fundamente seines pianistischen Beitrags bei Bauer in London und Richter in Wien legte. Die Entscheidung über sich in der Hofgärtnerlei um Franz Liszt scharten, errang sich der bettelarme 16jährige Jüngling das Vertrauen, die Liebe und Förderung des großen Meisters. Er galt sehr bald als das Genie unter den Pianisten. Liszt segnete seine Laufbahn, die an keiner Kulturstadt heimischen und fremden Bodens ohne Sieg Halt machte. Bei d'Albert vor 20 Jahren gehört hat, der weiß, daß er unter den elementar Wirkenden, durch das Feuer der Persönlichkeit zündenden Virtuosen keinen Nebenbuhler hatte. Sein Spiel war ein ebenermäßiger Ausgleich von zartem Gefühl und lodernendem Temperament, und im konstruktiven Bau der Beethoven'schen Sonate, der Bach'schen chromatischen Phantasie zeigte er die gleiche unerreichbare Meisterhaftigkeit wie in den delikaten Tönungen Chopin'scher Balladen und im großen Wurf der Liszt'schen H-Moll-Sonate, Schumann'schen Phantasien. Er war ein ganz unverfälschter Russtler am Flügel. Sein Mitgefühl, ebern und musikalisch, abhold allem Lästlichen, war mitbestimmend für die Auffassung der Klavierkonzerte von Beethoven, Brahms, Liszt.

Der Einfluß seines Lehrers Liszt blieb auch auf den komponierenden d'Albert nicht aus. Zwar neigte er mit zarten und süßen Einfällen in Liedern und Salonstücken zuerst den Romantikern und Brahms zu. Aber diese Gelegenheitswerke blieben unbeachtet in der Welt, erregten bei Liszt sogar ablehnendes Kopfschütteln. Auch die im Wagner'schen Fahrwasser segelnden Russtdramen der neunziger Jahre, deren Namen („Schismonda“, „Gernot“) schon auf die Bestimmung spekulierten, gingen geräuschlos unter. So wandte er sich vom epigonenhaften Pathos ab und zeigte 1898 in der „Abreise“, welche einen delikaten, kammermusikalischen Unterbau einer mondän-lustigen Episode geben konnte. Die gefangliche Kleinarbeit war so eigenartig wie erfindereich, so intim wie vornehm, und nur ein Ballast an Orchester bekam den letzten Stoff nicht. In „L'auto solo“ (1905) bekehrte d'Albert später den gleichen Weg; ohne dem aufbauenden Operententum zu verfallen, entlockte er mit zarter Hand dem Holzorganschen Sujet reizende Wirkungen. Der Gegensatz zwischen deutscher und italienischer Russt wurde mit spielerischer Gewandtheit musikalisch ausgenutzt.

Auch diese Feinarbeit brachte nicht den erhofften Erfolg. „L'auto solo“ aber machte 1903 aus dem weltberühmten Pianisten über Nacht den meistberühmten Opernkompabilisten. Ohne Italiens, ohne Puccini's Einfluß, ohne die „Tosca“ (1900) wäre dieses Werk nicht denkbar. Hier fand d'Albert den wirkungsvollen, aufregenden,

brutalen Stoff, der seiner Begabung lag. Hier konnte er Zeugnis ablegen für seine melodische Erfindung, die ohne Größe, aber immer charakteristisch und eingängig blieb. Die Themen haben Prägung und scheinen wie gemischt, ihre Wiederkehr ist leitmotivisch ausgeführt. Zwischen die dramatische, psychologisch oft oberflächliche, immer aber wirkungsvolle orchesterale Untermauerung stellt der Tonbildner gern einfachere, volkstümlichere Nummern. Das alles schlägt ein, und ebenso eine dem stark-erregten Szenen sich beifühlig ansetzende Besamtorchestermelodie. Bei dieser glänzenden musikalischen Bereicherung fragt man nicht rasch nach der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit des Gefühls. Die Sinnlichkeit und Erregtheit des Spiels läßt schnell den Mangel an Plastik, Tiefe, Ethos vergessen, und selbst Operatrias nimmt man im Moment padender Wirkung gern als höhere Eingebungen hin.

Dieser „L'auto solo“-Triumph ist der einzige in d'Albert's Opernschaffen geblieben. In seinem sich sonst so schnell wandelnden Geschmack vergaß er, daß der Naturalismus und der Verismus ausgelebt hatten, daß dieser läbliche Stil in Puccini keinen Großmeister gefunden hatte. So blieben „Die toten Augen“, „Liedesletten“, „Stier von Olivera“ in einer festen Manier stecken, die keine künstlerische Offenbarung mehr bedeuten konnte. Es rächte sich der Mangel einer original-eigenen Sprache, es rächte sich das völlige Verlangen eines geraden, zielbewussten, wie auch immer gerichteten künstlerischen Willens. In diesen zwei Jahrzehnten spielte d'Albert nur nebenbei Klavier. Er wurde fast, flüchtig, gleichgültig. Erst jetzt wieder sammelte er sich zu überlegender, überlegener Kunst. Kein schönerer Wunsch bringe an sein junges Schicksal, als daß er den Weg zurückfände zu dem Pianisten d'Albert vom Jahre 1900.

Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater stand die verflozene Woche unter keinem günstigen Stern, und die neue Woche hat auch nicht gerade glücklich begonnen. Die Bühne in der Chausseestraße hat Direktor Reinecke gepachtet, der Berlin mit einem Christusdrama, „Der Rabbi von Nazareth“ von Frido Breffe, bestauntmachen wollte. Indessen den Aufführungen stellen sich so viele technische Schwierigkeiten und sonstige Hemmungen in den Weg, daß die Direktion zu den ersten Abenden die Presse nicht einladet, um ihr nicht unfertiges zu zeigen. Inzwischen lehnte aber das Publikum das Stück ab, der Saal blieb leer, und die Leistung beschloß gestern zwischen Nachmittag und Abend, das Christusdrama abzusehen und in jähem Wechsel des „Genres“ der Schwant „Junggefallen“-dämmerung von Impetoren und Mathern zu spielen. Das harmlose Stück, das früher bereits auf einer anderen Berliner Bühne gespielt worden ist, mag gewiß auf die Bachmuskeln bescheidener Menschen wirken. Diese Vorstellung aber, bei der die Souffleuse die Hauptrolle spielte und die Dekorationen von einer beiseitigenen Primitivität waren, wirkte sehr unerfreulich. Hoffentlich bringen die nächsten Abende ein besseres Zusammenspiel, so daß wenigstens die, die lachen wollen um jeden Preis, auf ihre Kosten kommen.

Bolivien im Kunstgewerdmuseum. Gestern wurde im alten Kunstgewerdmuseum eine Ausstellung eröffnet, deren Ziel die Wiederaufnahme und Förderung der kulturellen und kommerziellen Beziehungen zwischen Südamerika und Deutschland ist. Bilder einer alten Kultur wie eines neuen kräftig aufstrebenden Staatslebens bot die reichhaltige Zusammenstellung von Naturprodukten und Kunstarbeiten jeder Art, die Professor Posnansky im Auftrage seiner Regierung gesammelt hat. Neben den Bodenreichtümern, wie Silber, Zinn, Bismut und Antimon, die seit unendlichen Zeiten in den Bergwerken von Bolos gewonnen werden, und deren Erzeugnisse die spanischen Silberflotten befrachteten, galt das besondere Interesse den kunstgewerblichen Gegenständen der eingeborenen Bevölkerung. Neben in bunten Farben und von feinsten Arbeit, die mit primitiven Webstühlen gearbeitet werden, eine hochschöne Keramik von originaler Wirkung in ihren phantastischen Tier- und Menschenformen, sein zilliertes goldene und silberne Amulette, Musikinstrumente, Hockermmien, Federstempel und Lederarbeiten, alles das zeugt von der ursprünglichen und hohen Kultur der „Antos“ — bis durch die conquista der Spanier alles zerstört wurde und ein langes Hindämmern unter einer politisch wie religiös gleich unzulässigen Kolonialregierung den letzten Rest von Selbständigkeit und kultureller Eigenart vernichtete. Erst mit der Befreiung vom spanischen Joch am Anfang des 19. Jahrhunderts begann eine allmähliche Regeneration, die dann in unserer Zeit zu einer vollen Erschließung des reichen Landes und zu seiner Einreihung in die Weltwirtschaft führte.

Die Welt ist uns heute noch verschlossen. Um so dankbarer begrüßen wir jede Möglichkeit einer Verständigung und irdischen Bereicherung über alle hemmenden Ländergrenzen hinweg. Bolivien hat uns mit dieser Ausstellung die Hand gereicht.

Ein Schwanz von ehemals. Im Theater „Folles Caprice“ ist ein Gast eingezogen und hat ein Stück von Anno dozimal mitgebracht, dessen Hauptrolle er einst freit hat. Max Sami heißt der Gast und „Dunkel Eohn“ sein Schwanz. Quers ist man hoff über die Harmlosigkeit und Nützlichkeit; aber dann steht man über die altmodische Art hinweg und freut sich am Witz und Humor dieses Antels, der der Mittelpunkt der Handlung ist, alle Verlobungen hinweg bringt und den Witaispektanten, den Grafen Schindelmich aus Ostrow, entlarvt. Max Sami beherrscht den jüdischen Witz wie den trockenen Humor und zeigt unter der schnurrigen Außenseite soviel Menschenfreundlichkeit, daß er aller Herzen gewinnt. Auch die übrigen Rollen waren angemessen besetzt: man hatte den Mut zur Schmiere, weil es der Stil des Stückes ist.

Bühnenchronik. Zum Nachfolger Felix v. Weingartners wurde Dr. Fritz Stiedry von der Berliner Staatsoper an die Wiener Volksoper berufen.

Für Toller! Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, der Schauerbund Deutscher Schriftsteller sowie die Direktion Berger haben an das Bayerische Kultusministerium ein Gesuch um die Beurlaubung des Dichters Toller zur Berliner Aufführung seines Stückes „Hinfemann“ eingereicht. Die Unterzeichner hoffen auf die Genehmigung, da die Gast-Toller am 16. Juli abläuft.

Die Galerie J. Gosper, Kurfürstendam 283, eröffnet die Frühjahrsausstellung mit Zeichnungen von Max Liebermann und einer Kollektion neuer Bilder von G. Croissant.

Die Mandatsverteilung in Bayern.

München, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Vom Ministerium des Innern wird nunmehr halbsamtlich folgende Aufstellung über das Wahlergebnis gegeben: Die bereits bekanntgegebenen Zahlen über das Ergebnis der Landtagswahlen geben noch kein genaues Bild über die künftige Zusammensetzung des Landtages. Eine Berechnung auf Grund des vorläufigen Ergebnisses führt zu folgendem Bild: Bayerische Volkspartei 35 Sitze, Völkischer Block 17, Sozialdemokraten 14, Bayerischer Bauernbund 6, Nationale Rechte 4, Kommunisten 3, zusammen also 79 Sitze. Alle übrigen Parteien kommen bei dieser Aufzählung noch zu keinem Sitz. Es bleiben von dem rechtsrheinischen Bayern abgesehen, von den Landtagsabgeordneten und durch Wahl zu besetzenden 100 Sitzen noch 21 Restsitze. Diese werden mit den 15 Sitzen der Landtagsabgeordneten erst bei der Auszählung der Ergebnisse beim Bundeswahlausschuss erhoben. Eine vorläufige Berechnung hierüber läßt sich noch nicht anstellen. Zunächst ist die Frage noch in der Schwebe, in welcher Weise die Ergebnisse der Landtagswahl in der Pfalz am 4. Mai in das Ergebnis aus dem rechtsrheinischen Bayern eingerechnet werden sollen. Hierüber wird sich am 10. April der Ständige Ausschuss des Landtages schlüssig werden.

Vorstoß des Völkischen Blocks.

Antrag auf Freilassung der Putschisten.

München, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine Abordnung des Völkischen Blocks ist bereits am Montag beim Ministerpräsidenten vorstellig geworden, um einen Beschluß des Ministerrats herbeizuführen, der den Verurteilten Hitler, Weber, Bochner und Kriebel sofortigen Strafausschub gewährt und die Begnadigung in Aussicht stellt. An Stelle des Ministerpräsidenten, der sich zurzeit auf einer Dienstreife befindet, empfing sein Vertreter, Kultusminister Matt, die Abordnung und erklärte, daß der Ministerrat keine Veranlassung hätte, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, da bisher ein entsprechender Antrag von keiner Seite vorgelegen habe. Der Minister erklärte sich aber bereit, die Forderung der Abordnung an den Justizminister weiterzuleiten. Eine Entscheidung sei aber erst möglich nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten. Demgegenüber sei festgestellt, daß dem Ministerrat lediglich die Befugnis zusteht, einen einzelnen Verurteilten zu begnadigen. Die Begnadigung einer Gruppe von Verurteilten ist verfassungsmäßig ausschließlich Sache des Landtags.

Dem Hochverräter Fridl, der als Oberamtmann der Polizeidirektion im Polizeigebäude eine Dienstwohnung innehatte, wurde diese gekündigt, nachdem die Regierung von Oberbayern gegen ihn bekanntlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat.

Die Reaktion in Thüringen.

Ein Anschlag gegen die Volkshochschule Tinz.

Aus Gera wird uns geschrieben: Die Thüringer Ordnungsregierung, die unter der Fuchtel der deutschnationalen Propaganda steht, bezieht sich, Thüringen von allen kulturfortschrittlichen Institutionen zu säubern. Alles, was die sozialistische Regierung an lehrreichen Kulturgütern geschaffen hat, soll in Trümmer gehen. Hier das staatliche Bauhaus in Weimar, die sorgfältigsten Kunsthochschulen Europas, dort die Volkshochschule in Tinz — beides gewiß politisch vollkommen unverdächtige Anstalten — und fordert die Reaktion zum entscheidenden Schlag gegen das Zentrum der Arbeiterbildung in Thüringen und weit darüber hinaus, gegen die Volkshochschule Reuß und Tinz aus.

Das kleine Reuß war nach dem Zusammenbruch der alten Fürstentümer das einzige Land gewesen, dessen Arbeiterschaft den kühnen Entschluß faßte, das von Fürsten abgetretene Vermögen den Zwecken einer breit angelegten, tiefstufenden Arbeiterbildung zu widmen. Es entstand die mit großem Sachvermögen ausgestattete Stiftung „Volkshochschule Reuß“, die drei Arbeitsgebiete umfaßte: die Heimvolkshochschule Tinz, die sich sehr bald zu einer der bedeutendsten Arbeiterhochschulen Deutschlands entwickelte, die Volkshochschule in Gera und Reuß, die allmählich zu einer umfassenden Arbeiterbildungszentrale für Thüringen heranwuchs, und eine musergültige Volksbücherei in der Stadt Gera.

Mit der endgültigen Konsolidierung Thüringens ging die Stiftung an den Staat über, der sich zu ihrer Erhaltung im bisherigen Umfang und Geist gefällig verpflichtete. Was Finanzier aber die Reaktion Geiz und Neid, was klammert die von nationalen und nationalistischen Phrasen triebenen reaktionären Parteien der geistige Aufstieg, die kulturelle Höherentwicklung des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiterschaft? Es gehört zu den ersten Taten der reaktionären Regierung, die Volkshochschule Reuß (das Zentrum der örtlichen Arbeiterbildung in Thüringen) vollständig zu zerlegen und in der Heimvolkshochschule Tinz einen solchen Abbau vorzunehmen, vor allem die Rechtslage der Lehrer und übrigen Angestellten so zu verschlechtern, daß der Weiterbestand der Schule aufs äußerste bedroht ist. Diesem Versuch, eine der bedeutendsten Kultureinrichtungen der deutschen Arbeiterschaft auf kaltem Wege zu beseitigen, muß der allerenergigste Widerstand entgegengeführt werden, nicht nur der thüringischen, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Die seit Jahren aus allen Teilen des Reiches ihre jungen aufstrebenden Elemente nach Tinz anziehend und in Tinz ein unentbehrliches Element ihres kulturellen Aufstieges erblickt.

Die Wahlen im besetzten Gebiet.

Die französische Regierung hat der deutschen Regierung in der Frage der Wahlfreiheit im besetzten Gebiet ein Schreiben überreicht, das sachlich folgendes besagt:

1. Betreffs der Wahlversammlungen scheint es möglich, die jetzt durch die Bestimmungen der Rheinlandkommission auf 48 Stunden festgesetzte Anmeldefrist zu verlängern.
2. Betreffs des Verkehrs zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland ist der Reichsregierung bekannt, daß er für alle im Rheinland wohnhaften Personen völlig frei ist. Den Personen, die dort nicht ihren Wohnsitz haben, könnte ein für die ganze Wahlperiode gültiger Passierschein ausgestellt werden, falls es sich um Kandidaten oder um Parteisekretäre handelt, und deren Namen nebst Nachweis ihrer Persönlichkeit der Rheinlandkommission mitgeteilt wird.
3. Betreffs der Pressefreiheit scheint keine Maßregel zu ergreifen zu sein.
4. Betreffs der Stimmabgabe der aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen Personen scheint es nicht möglich, denselben durch eine allgemeine Maßregel das Recht zu geben, am Wahltag nach ihrem Wohnsitz zurückzukehren, um in ihrem Wahlbezirk ihre Stimme abzugeben. Nichtsdestoweniger behält der französische Oberkommissar im Geiste besonderen Wohlwollens, doch ohne sich in dieser Hinsicht zu binden, sich vor, die Rückkehr der Ausgewiesenen, deren Anwesenheit im besetzten Gebiet nicht mehr unerwünscht sein sollte, nach Möglichkeit zu erleichtern.
5. Was den Vorschlag der Reichsregierung betrifft, einen Vertreter des deutschen Ministeriums des Innern nach un-

mittelbarer Verhandlung mit der Rheinlandkommission über Wünsche, die durch die Wahlen etwa entstehen könnten, nach Koblenz zu entsenden, so sieht die französische Regierung die Notwendigkeit davon nicht ein.

Verhandlungen mit der Micum.

Bisher kein Ergebnis.

Düsseldorf, 8. April. (WZ.) In den heutigen Verhandlungen, die von 3 bis 5½ Uhr dauerten, erklärte die Sachverständigenkommission, daß die durch das Abkommen mit der Micum übernommenen Verpflichtungen weiterhin nicht getragen werden könnten. Der Ruhrbergbau verkenne aber nicht die große Bedeutung der Frage, daß die Arbeit im Ruhrgebiet nach dem 15. April möglichst störungslos weitergeführt werde. Die Sachverständigenkommission erklärte sich deshalb für die Zehnen bereit, die Sachleistungen auch über den 15. April hinaus fortzusetzen, wenn die finanzielle Möglichkeit hierfür geschaffen werde. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, es soll am Freitag erneut verhandelt werden.

Presselob für die Experten.

Zu Paris.

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ erklärte sich am Dienstagmorgen in der Loge, eine authentische Zusammenstellung der von den Sachverständigen am Mittwoch der Reparationskommission überreichten Vorschläge zu veröffentlichen. Bei näherem Zusehen zeigte sich jedoch, daß es sich um nichts anderes handelt, als um eine geschickte Zusammenstellung der bisher bekanntgewordenen Einzelheiten. Sie enthält nichts Wesentliches, was wir nicht bereits in der vergangenen Woche zu meiden in der Loge gewesen wären. Unbekannt waren bisher nur die vom „Matin“ mitgeteilten Ziffern der von Deutschland

während der ersten vier Jahre aufzubringenden Leistungen.

Ihre Nichterfüllung vorausgesetzt, würde Deutschland zu bezahlen haben: im ersten Jahre 1000 Millionen, von denen 800 Millionen Deutschland aus dem Ergebnis der nationalen Anleihe zur Verfügung gestellt werden, die restlichen 200 Millionen sollen durch Transportsteuern aufgebracht werden, im zweiten und dritten Jahre je 1250 Millionen, im vierten Jahre 1750 Millionen. Neu, aber ebenfalls unbekannt, ist auch die Mittelung des Blattes, wonach die drei Kategorien von Einnahmen, aus denen die Reparationen zu bestreiten sind, gegenseitig übereinander hatten sollen bedingt, daß, wenn etwa die Eisenbahnen die von den Sachverständigen vorgezeichneten Einnahmen nicht erringen sollten,

das Defizit aus den Verbrauchsteuern gedeckt

werden solle und umgekehrt. Wieweit diese Einzelheiten zutreffen, wird man abwarten haben. Der authentische Text des Berichts und der Vorschläge wird jedenfalls erst am Mittwoch der Pariser Presse übergeben werden.

Soweit die hiesigen Blätter das Werk der Sachverständigen auf Grund der bisher bekanntgewordenen Details besprechen, geschieht es mit fast vorbehaltloser Zustimmung. Der „Temps“ äußert, das Gutachten der Sachverständigen werde im Prinzip sowohl dem französischen als auch dem deutschen Standpunkt gerecht, dem französischen insofern, als es darlege, daß Deutschland zahlen könne, dem deutschen, indem es die

Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reichs

unerlässlich erkläre. Offen bleibe nur die Frage, wieweit das von ihnen empfohlene System zur Eintreibung der Reparationen praktisch verwirklicht werden könne. Sein Urteil darüber laßt das Blatt dahin zusammen, daß es mehr Vertrauen habe in eine von den Einzelinteressen getragene individuelle Initiative als in einen großen Verwaltungsmechanismus, der eine ganze Region von Kontrolleuren erfordere und dessen funktionieren von dem permanenten Einvernehmen aller Beteiligten bedingt sei. Der „Intranquill“ unterstreicht die Bedeutsamkeit und die technische Vollkommenheit der von den Sachverständigen geleisteten Arbeit. Ihr Plan unterscheide sich von den früheren aus den verschiedenen internationalen Konferenzen hervorgegangenen Vorschlägen vor allem dadurch, daß es in allen Einzelheiten auf die praktische Durchführbarkeit Rücksicht nehme und zeige, daß auf diesem Gebiet die

Politiker und Diplomaten mit den Experten vom Fach

nicht zu konkurrieren vermöchten.

Besonders anzuerkennen sei, daß die Sachverständigen sich bemüht hätten, die technische und die politische Seite des Problems voneinander zu trennen, wenn ihnen das auch nicht immer gelungen sei. Das zeige vor allem die Betonung der von ihnen als unerlässlich erklärten Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reichs. Auf der anderen Seite allerdings hätten sie die Notwendigkeit der militärischen Okkupation nicht bestritten und durch die vorgesehene Ueberwachung der Rhein- und Ruhrbahnen auch der Sicherheit der französisch-belgischen Truppen Rechnung getragen.

Paris, 8. April. (Havos.) Es wird bestätigt, daß die Berichte der Sachverständigen morgen vormittag 10 Uhr offiziell der Reparationskommission übergeben werden. Das Komitee Dames ist heute mittags 12½ Uhr noch einmal zusammengesetzt, um Kenntnis von den Druckarbeiten seines Berichts zu nehmen. Die meisten Ziffern des Dokuments sollen erst heute endgültig einsehbar werden, nachdem ihre Einfügung bis jetzt vorbehalten worden ist.

Sowjet-Justiz.

Vor einem neuen Justizmord?

Zu den vielen inneren Widersprüchen der kommunistischen Politik gehört die Frage der Klassenjustiz. Einerseits bezeichnen sie die Klassenjustiz der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft als verbrecherisch, andererseits bekennen sie sich selbst zum Prinzip der proletarischen Klassenjustiz. Sie müssen es tun — obwohl sie damit nur Argumente der deutschen Klassenjustiz gegen die eigenen Genossen liefern —, weil die Sowjetregierung bei der Verfolgung aller ihrer politischen Gegner die Klassenjustiz zum Staatsprinzip erhoben hat. Sie geht sogar noch weiter, indem sie diese Klassenjustiz zu einer reinen Parteijustiz gegen Führer der Arbeiterklasse einschränkt, wie es u. a. bei dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre im Mai/Juni 1922 geschehen ist.

Man droht ein neues bolschewistisches Justizverbrechen. In Kiew findet gegenwärtig ein politischer Massenprozeß gegen 18 Intellektuelle statt, darunter die Universitätsprofessoren Woffenko und Smirnow, den Rechtsanwalt Tscholganitz usw. Ihnen wird Propaganda für die Abschaffung der kommunistischen Diktatur, für die Schaffung einer demokratischen Republik zur Last gelegt, außerdem die Unterhaltung von Geheimen Beziehungen zu demokratischen Kreisen des Auslandes und endlich Spionage zugunsten Polens.

Die ganze Anklage ist so brüchig, daß der Prozeß bereits dreimal vertagt werden mußte. Ferner, wie beim Verfahren gegen die Sozialrevolutionäre vor zwei Jahren, beruht die Anklage auf den Denunziationen einiger Spitzel. Ueber den Gang des Prozesses erfährt man fast nichts. Es verlautet nur, daß die meisten Angeklagten Gefahr laufen, zum Tode verurteilt zu werden, da die kommunistische Presse dies verlangt.

Wie vor zwei Jahren, gilt es für die gesamte gestützte Welt, vor allem für das internationale sozialistische Proletariat, sich zusammenzuschließen und einmütig der Sowjetregierung zum Ausbruch zu bringen, daß sie sich mit solchen Prozessen nicht nur mit Schande

bedeckt, sondern daß sie dadurch nur die Geschäfte der internationalen Reaktion und der internationalen Klassenjustiz, besonders in Deutschland, Italien und Spanien besorgt.

Außerdem hat die Sowjetregierung mit diesem Prozeß auch erreicht, daß Herr Poincaré eine willkommene Gelegenheit erhielt und ausübte, sich als Hüter der Menschlichkeit aufzuspielen, als der er sich im deutschen Ruhrgebiet wahrhaftig nicht erwiesen hat.

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) In einem am den russischen Volkskommissar Tschitscherin gerichteten Telegramm appelliert Poincaré im Namen der öffentlichen Meinung und der Wissenschaft Frankreichs an die russische Regierung zugunsten der 18 Intellektuellen, die gegenwärtig wegen „antirevolutionärer Umtriebe“ vor dem Gericht in Kiew stehen. In dem Telegramm heißt es: „Die öffentliche Meinung Frankreichs verfolgt mit großer Besorgnis den Verlauf dieses Prozesses. Sie fürchtet, daß er mit einem Todesurteil enden könnte, das die Wissenschaft der ganzen Welt auf das Schwerste treffen würde. Im Namen der Wissenschaft und der Menschenrechte bitten die Mitglieder sämtlicher französischer Universitäten, daß ihren russischen Kollegen ein Urteil erspart bleibe, das sie nicht verdient hätten, und im Namen der Zivilisation und der Menschlichkeit vereinigt die französische Regierung ihre Bitte mit denen der Intellektuellen der ganzen Welt.“ — Die französische Regierung hat zu gleicher Zeit die Kabinette von London und Rom, die in Moskau offizielle Vertretungen haben, gebeten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zugunsten der russischen Professoren und Schriftsteller zu intervenieren.

Hungerstreik in Moskau?

Aus Nachrichten, die in Berlin eingetroffen sind, geht hervor, daß in den letzten Tagen ein schwerer Konflikt zwischen den politischen Gefangenen des Butki-Gefängnisses in Moskau und der Gefängnisverwaltung ausgebrochen ist. Die Gefangenen sollen daraufhin, um sich ihr Recht zu erzwingen, in den Hungerstreik eingetreten sein. Es handelt sich hauptsächlich um gefangene Sozialisten.

Französische Kammerverlängerung?

Ein merkwürdiger Kabinettsbeschluss.

WZ. meldet aus Paris: Der französische Ministerrat, der gestern vormittag unter dem Vorsitz von M. Herold tagte, sprach sich zugunsten des Gesetzentwurfs aus, durch welchen die Dauer der Legislaturperiode auf sechs Jahre verlängert wird. Ein Drittel ihrer Mitglieder ist alle zwei Jahre neu zu wählen. Was den Entwurf der Einleitung der Wahlreise anlangt, so wird sich die Regierung den Beschlüssen der Kammer anschließen.

Die Meinung ist in dieser Form reichlich unklar. Vor allem geht aus ihr nicht hervor, ob dieser Gesetzentwurf noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode eingebracht oder erst der nächsten Kammer vorgelegt werden soll.

Bekanntlich wird in Frankreich am 11. Mai gewählt, die jetzige Kammer soll noch im Laufe dieser Woche aufgelöst werden. Einer Verlängerung ihres eigenen Mandates würde die stark gefährdete jetzige Mehrheit ohne weiteres zustimmen, obwohl dies in dem jetzigen Stadium beinahe einem Staatsstreik gleichkäme. Aber eine Zustimmung des Senats ist im höchsten Grade unwahrscheinlich.

Wenn hingegen dieser Gesetzentwurf erst die nächste Kammer beschuldigen soll, dann begreift man nicht recht, warum der Ministerrat kurz vor Loosenschluß diesem Ausschuss erregenden Gesetzentwurf zugestimmt hat.

Mussolinis feste Mehrheit.

Rom, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Faschisten haben durch die Parlamentswahl damit dem auf ihre Parteibedürfnisse zugeschnittenen Wahlrecht eine feste Mehrheit von 118 Stimmen in der Kammer.

Rom, 8. April. (WZ.) Von den 15 Wahlkreisen liegen bisher die Ergebnisse aus 13 vor. Nur Piemont und Sizilien fehlen noch. Gewählt haben 6 199 625 Personen, was einer Wahlbeteiligung von 64 Prozent entspricht. Gültig sind 5 915 460 Stimmen. Auf die Nationale Liste entfallen 3 590 324 Stimmen, auf die Nationale Ergänzungsliste 351 179 Stimmen. Die 144 Restmandate für die erwähnten 13 Wahlkreise verteilen sich folgendermaßen: 19 Faschisten der Ergänzungsliste, 11 Liberale, 8 Vertreter der verfassungsmäßigen Opposition, 1 Demokrat, 3 Demosozialisten, 1 dissidenter Faschist, 33 Vertreter der katholischen Volkspartei, 7 Republikaner, 2 Sarden, 21 Sozialdemokraten, 19 Magimallisten (halbe Kommunisten Serrafischer Färbung), 15 Kommunisten und 4 Vertreter der nationalen Minderheiten. Die gewählten Liberalen haben sich ausdrücklich für die faschistische Regierung erklärt.

Die Vorgänge im Unterhaus.

London, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) In Kreisen der Labour Party wird zu den beiden Abstimmungsabenden der Regierung am Montag bemerkt, daß eine Anzahl von Labour-Abgeordneten von Verammlungsreisen, die sie in üblicher Weise über Sonntag in ihre Wahlkreise unternahmen, noch nicht zurückgekehrt waren und erst kurz nach der Abstimmung eintrafen. Dieser parlamentarische Zwischenfall enthält jedenfalls weit weniger die Schwäche der Regierung als der liberalen Partei, die vormittags in ihrer Abstimmung beschloß, das von der Regierung vorgelegte Gesetz zu unterstützen, aber am Nachmittag dann in drei Gruppen gespalten abstimmte, wobei 42 Liberale für, 25 gegen die Vorlage stimmten und der Rest sich enthielt.

Keine Regierungskrisis.

London, 8. April. (WZ.) Unterhaus. Baldwin fragte den Premierminister, welches Verfahren die Regierung angesichts ihrer gestrigen Niederlage einzuschlagen gedenke. MacDonald erwiderte, es werde keine neue Vorlage über die Frage der Wohnungsfrage eingebracht werden. Dagegen lägen Abänderungsanträge des Abg. Simons vor, die im Ausschuss behandelt werden würden. Der Premierminister fügte hinzu, seiner Ansicht nach würden alle zusammenwirken, um die Frage befriedigend zu gestalten und mit möglichst geringer Verzögerung zu erledigen.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

London, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Ein Gesetzentwurf, der im Unterhaus eingebracht wurde, erhöhte die Arbeitslosenunterstützung für Männer von 15 auf 18 Schilling, für Frauen von 12 auf 15 und den Zuschuß für jedes Kind von 1 auf 2 Schilling; ferner verbesserte die Bestimmungen für die Jugendlichen.

Was die bürgerliche Presse wissen will.

London, 8. April. (WZ.) Wie die Blätter melden, wurde auf einer heute abgehaltenen Sitzung der parlamentarischen Arbeiterpartei geltend gemacht, daß zahlreiche Schwierigkeiten der Regierung darauf zurückzuführen seien, daß sie die Arbeiterpartei nicht ins Vertrauen zieht, über deren Ansichten in wichtigen Fragen die Regierung also nicht voll unterrichtet sei.

Der württembergische Landtag wählte Staatsrat Rau, den bisherigen Vertreter des Arbeits- und Ernährungsministeriums zum Staatspräsidenten. Dieser nahm die Wahl an. Er übernahm zugleich das Arbeits- und Ernährungs- sowie das Kultusministerium. Staatspräsident Rau berief den bisherigen Minister Holz als Finanzminister und den bisherigen Justizminister Döberle als Justizminister.

Gewerkschaftsbewegung

Die Krise im Buchdruckgewerbe.

Die Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern Verhandlungen unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. R. W. K. statt, die den im Buchdruckgewerbe ausgebrochenen Lohnstreik beenden sollten. Es kam jedoch wiederum zu keiner Einigung. Die Unternehmer lehnten nach längerem Beratungen ab, an dem Schiedspruch eine materielle Verbesserung vorzunehmen. Sie verlangten vielmehr, daß der Schiedspruch für rechtsverbindlich erklärt werden sollte! Dieser Frage konnte gestern noch nicht nähergetreten werden, da der Reichsarbeitsminister, dem die Entscheidung über die Verhandlungsbefreiung obliegt, von Berlin abwesend ist. Mit der Entscheidung ist deshalb vor Donnerstag nicht zu rechnen.

Die Arbeitervertretung wird alles versuchen, den Reichsarbeitsminister davon zu überzeugen, daß diesem für sie völlig untragbaren Schiedspruch die Verbindlichkeit verweigert werden muß.

Im übrigen ist der Schiedspruch durch die Tarifachen bereits überholt. Bei den Organisationsleitungen laufen fortgesetzt Verhandlungen ein, daß einschlägige Unternehmer die Forderungen der Gehilfen bewilligen. Auf der anderen Seite mehren sich die Anzeichen, daß die ausgebrochenen Konflikte sich ausdehnen und an Schärfe gewinnen, wenn die Unternehmer nicht doch noch Vernunft walten lassen und ihre aufreizende Lohnpolitik einer Verringerung unterziehen.

Böckh, 8. April. (M.B.) Wegen Lohnhöhen ist heute vormittag das technische Personal der drei hiesigen bürgerlichen Zeitungen in den Streik getreten, so daß diese heute nicht erscheinen konnten. Den Lesern wurde heute vormittag ein einstündiges Ultimatum mit der Forderung eines Spitzenwochenlohnes von 35 M. gestellt, was von ihnen abgelehnt wurde, worauf das Personal die Arbeitsstätten verließ.

Mainz, 8. April. (M.B.) Die Buchdrucker haben heute vormittag wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen nicht.

Hinter Polen!

Genf, 8. April. (Eivener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Dienstag seine 28. Sitzung begonnen. Zur Behandlung stehen in der Hauptache Budgetfragen für das Jahr 1925. Auch die Arbeitsverhältnisse an der Saar werden von neuem besprochen werden. Gelegentlich einer Aussprache über die bisher eingegangenen Ratifikationen wurde von Arbeiterseite auf die Arbeitsverhältnisse in Deutschland und polnisch-österreichischen hingewiesen und betont, daß die polnischen Arbeiter bedeutend günstigere Arbeitsverhältnisse hätten als die deutsch-österreichischen. Die polnische Regierung sei nach Kriessende verpflichtet worden, die Arbeitsverhältnisse auf derselben Höhe zu halten wie in Deutschland. Jetzt erlaube sich aber, daß die polnisch-österreichischen Arbeiter nur acht Stunden zu arbeiten haben, während die deutsch-österreichischen Arbeiter eine zehnstündige Arbeitszeit ertragen müßten! Der deutsche Repräsentant erklärte, er habe für die Angelegenheit keine Anweisungen erhalten. Leipzig erklärte für die deutschen Gewerkschaften, daß sie sich stark genug fühlen, den Kampf um den Achtstundentag zu führen und sie hofften, ihn wiederum für die deutsche Arbeiterchaft zurückzubringen zu können. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, doch wurde allgemein der Wunsch geäußert, die deutsche Regierung möge für die Rückkehr normaler Arbeitsverhältnisse sorgen.

Die Ahnungsköfen.

Dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: In der „Roten Fahne“ Nr. 29 vom 3. April wird etwas vom Hungerlohnentarifabschluß für staatliche Arbeiter gesehelt. Der Schreiber hatte offenbar keine Ahnung von der Materie, über die zu schreiben er sich anmaßte. Jedenfalls war dem Schreiber nicht daran zu tun, den staatlichen Arbeitern in ihrem Existenzkampf über den an dieser Stelle in der letzten Zeit so viel geschrieben wurde, zu helfen, sondern lediglich darum, die durch die Moskauer Briefe betrautete „Gewerkschaftsbureaukratie“ herunterzureißen. In dem Artikel der „Roten Fahne“ wird z. B. gesagt:

„Dem Tarifvertrag kommt deshalb noch eine große Bedeutung zu, als er gleichzeitig automatisch für viele Hunderttausende von Gemeindefacharbeitern Anwendung findet; denn er wird durch Reichsverordnung von den Kommunalverwaltungen übernommen. Auch wird der Vertrag sicher als „Muster“ für die kommenden Tarifverträge der Arbeiter bei der Post und Eisenbahn herangezogen werden.“

Dazu haben wir zu bemerken, daß es in Deutschland noch nicht diese Hunderttausende von Gemeindefacharbeitern Anwendung findet; denn er wird durch Reichsverordnung von den Kommunalverwaltungen übernommen. Auch wird der Vertrag sicher als „Muster“ für die kommenden Tarifverträge der Arbeiter bei der Post und Eisenbahn herangezogen werden.

Der von der „Roten Fahne“ kritisierte Vertrag kann aber auch nicht als „Muster“ für die Post und Eisenbahn herangezogen werden, obwohl es uns außerordentlich angenehm wäre, wenn dies geschehen würde, wenigstens in seinen sozialen Teilen, weil dieser Tarifvertrag nämlich ein Bedeutendes besser ist als derjenige der vorgenannten Betriebe. Gerade aus diesem Verzeich der „Roten Fahne“ geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Reutchen keine blasse Ahnung von den Dingen haben, sich aber zum Schaden der Arbeiterklasse immer wieder anmaßen, die Gewerkschaften zu verunglimpfen.

Daß die in der „Roten Fahne“ zum Abdruck gebrachten Lohnzahlenmäßig nicht stimmen, sei nur nebenbei erwähnt. Dah fern von ihr verschwiegen wurde, daß ein Lohnabschluß ab 1. April überhaupt noch nicht erfolgt ist, sondern die ganze Angelegenheit von den Organisationen, weil eine Einigung mit dem Reichsfinanzministerium nicht erzielt werden konnte, im Schlichtungsverfahren weiter betrieben wird, braucht der Schreiber der erwähnten Notiz nicht zu wissen, sonst hätten ja die Staats-

arbeiter ausnahmsweise einmal aus der „Roten Fahne“ die Wahrheit erfahren.

Wenn wir der Notiz in der „Roten Fahne“ überhaupt eine Erwiderung zukommen lassen, so deshalb, weil die nächsten Tage, vielleicht schon Stunden, die gesamte Reichs- und Staatsarbeiterschaft vor ungeheurer schmerzlicher Aufgabe stellen dürfte, und daß dieser Kampf, wenn er uns aufgezungen werden sollte, auch mit allen gewerkschaftlichen Mitteln geführt wird. Auf Bundesgenossen, die von den Dingen selbst nichts verstehen, sondern lediglich den Zweck verfolgen, Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft zu tragen, werden wir in diesem Kampf verzichten.

Die Kämpfe in der Metallindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit:

Die Arbeiterschaft der Firma H. Hartmann, A.G., Neukölln, befindet sich seit dem 1. April in einem Abwehrstreik. Die Firma versuchte, von den bisherigen Lohn- und Akkordverdiensten einen Abzug von 20-30 Proz. vorzunehmen. Die Verhandlungen des Betriebsrats im Beisein eines Organisationsvertreeters scheiterten an der Hartnäckigkeit des Unternehmers. Die Firma sucht durch Entziehung der Löhne nicht bloß Arbeitswillige für ihren Betrieb zu werden, sondern auch durch Artikel in bürgerlichen Blättern (siehe Artikel im „Neuköllner Tagblatt“ Nr. 83 Sonntag, 6. April „Ein Ueberfall auf Arbeitswillige“) die Streikenden ins Unrecht zu setzen. Da die Artikel von Anfang bis Ende nur Unwahrheiten enthält, sind wir gezwungen, von den Vorzügen bei der Firma Hartmann der Öffentlichkeit die Augen zu öffnen. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft, diesen Betrieb zu meiden.

Zum Streik in der Lederwarenindustrie.

Durch die Vermittlung des Schlichters für Groß-Berlin kam es Ende voriger Woche zu einer Besprechung der streikenden Parteien. Durch ein Versehen der Behörde war den Arbeitgebern die Verhandlungsbereitschaft der Streikenden nicht bekannt geworden, so daß zu der Besprechung nur der Syndikus der Arbeitgebersvereinigungen erschienen war. Sein Hinweis, daß die Unternehmer noch zu ihrem Ansehen, eine Zulage von 5 Pf. zu gewähren, stehen, konnte von der Streikleitung nicht als Verhandlungsrundlage anerkannt werden, da die Erringung eines über die wiederum anbotenen 60 Pf. hinausgehenden Lohnes der Grund der Arbeitsinnehaltung ist. Die Inkommentarität der Streikleitung. Eine gestern vormittag abgehaltene Streikerversammlung billigte das Verhalten der Streikleitung. Der Streik geht in unverminderter Schärfe weiter.

Streik bei der Bach- und Schließgesellschaft.

Die Wächter der Berliner Bach- und Schließgesellschaft haben gestern den Streik beschlossen, und zwar einmal wegen der ablehnenden Haltung der Direktion und zweitens wegen der Bezahlung der Ueberstunden nach dem Stundenlohn, wie er in dem jeweiligen Lohnabkommen vorgegeben ist; bisher werden 50 Proz. weniger, als der reguläre Stundenlohn ausmacht, bezahlt. Außerdem ist eine Verlängerung der Arbeitszeit vorgezogen, die die Beschäftigten unter allen Umständen ablehnen. Die Sicherheit Berlins dürfte durch den Streik nicht gemindert werden. Die Wächter sind aber durch das ablehnende Verhalten der Direktion der Berliner Bach- und Schließgesellschaft gezwungen, den Kampf aufzunehmen.

Konflikt im Hotel Grefstor.

Wiederholt haben wir uns mit den Zuständen in diesem „erstklassigen“ Hotel befaßt müssen. Nun schreibt uns der Zentralverband der Hotelangestellten, daß die Angestellten seit Monaten in der niederträchtigsten Weise schikaniert und ausgebeutet werden. Völlig einseitig werden Arbeitsverträge von der Direktion gebrochen und die Angestellten zu Arbeiten verpflichtet, die sie nichts angehen. Herr Grefstor als Unternehmer lehnt sich über alle tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Seit einigen Tagen verlangt er z. B. von einem großen Teil des Personals nachts 4 Uhr Dienstantritt. Da die Angestellten außer Haus und meist in den Vororten wohnen muß jeder objektiv denkende Mensch das Anmaßliche eines solchen Verlangens einsehen. Auch entzieht man Angestellten den wöchentlichen Ruhetag und zwingt sie an solchen Tagen zu arbeiten. Ganz willkürlich erfolgten Entlassungen wegen der geringsten Versehen. Man schreit sich auf nicht, dem Personal Prügel anzubieten. Zahlreiche Angestellten sind ohne Grund gekündigt, trotzdem für alle genügen Arbeit vorhanden ist.

Eine gesetzliche Betriebsvertretung duldet Herr Grefstor ebenfalls nicht; jeder Versuch des Personals, eine solche zu bilden, wird unterdrückt und mit sofortiger Entlassung bestraft. Als vor einigen Tagen der Wahlvorstand ein Wahlauschreiben zum Ausschuss brachte, wurde es in kurzer Zeit auf Anweisung der Direktion entfernt resp. vom Brett gerissen.

Die Direktion propagiert die Gewerkschaft der Hotelangestellten in derselben Weise. Ein an sie gerichteter Schreiben ließ sie einfach mit „Annahme verweigert“ zurückgehen. Auf persönliche Vorstellung ließ sie sich verweigern. Alles hat aber seine Grenzen. Heute, Mittwoch, mittags 12 Uhr und nachmittags 3 1/2 Uhr, werden die Angestellten in Versammlungen vor die Frage eines Streiks gestellt werden. Von der Teilnahme an diesen Versammlungen und dem Geiste der Angestellten wird es abhängen, ob diese Zustände sich noch mehr verschlechtern oder bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden können.

Die Situation ist unverändert.

Die sogenannte Opposition im Zentralverband der Angestellten hatte für den 7. April eine „Funktionärkonferenz“ einberufen. Der Versammlungsbefehl war genau so schlecht wie bisher in allen anderen Veranstaltungen der A.P.D.-Leute. Wenn man freilich der „Roten Fahne“ glauben würde, wären alle Amsterdamer Gewerkschaften längst von der A.P.D.-Zentrale aufgegriffen. Die Drahtzieher der Funktionärkonferenz waren die bekannten Leute um Rasper, und das, was geredet wurde, entsprach durchaus der „Tradition“ der kommunistischen Spaltungszentrale oder besser gesagt, dem Diktat von Moskau. Der Referent des Abends, Herr Rasper, konnte über die „Kampflage“ nichts weiter berichten als das, was wir schon in der Ueberlieferung festgehalten haben: Die Situation ist unverändert. Man kann es den Leuten um Rasper nachfühlen, daß sie jetzt mit aller Gewalt versuchen, aus der Situation, die sie selbst geschaffen haben, herauszukommen. Kein Angestellter wird sich für ihre Ideen begeistern, noch weniger aber werden diese Leute die Angestellten in ihre vielgepriesenen „Industrie-Organisationen“ hineinbestimmen. Das eine möge sich die sogenannte Opposition merken: Für Leute, die systematisch auf die Zerstörung der Gewerkschaften hinarbeiten, ist im A.P.D. kein Platz.

Die „Rote Fahne“ kann sich nicht genug tun über die Siege,

die sie erringt. Die Veranlassung der sogenannten Opposition — oder sagen wir auf gut deutsch, der kommunistischen Gewerkschaftszentren — am 7. April war ein gründlicher Reinfall. In der nächsten Versammlung wird Herr Rasper wiederum berichten können: die Situation ist unverändert.

Die „Teno“ berichtigt.

Unter Berufung auf das Preßgesetz schickt uns der Vorstand der Technischen Rothilfe folgende Berichtigung:

Es ist nicht richtig, daß „in Hamburg am 5. April 50 Mitglieder der Technischen Rothilfe wegen Banden Diebstahls auf den Güterböden verhaftet werden mußten“.

Richtig ist vielmehr, daß eine geringe Anzahl von neu in die Technische Rothilfe eingetretenen Personen aus zerbrochenen Risten Apfelsinen und Schokolade zum alltäglichen Verzehr verwendet haben und nach dieser Freistellung sofort aus der Technischen Rothilfe entlassen worden sind.

Wozu wir zu bemerken haben, daß uns die Nachricht nicht nur von unserem Sonderkorrespondenten, sondern übereinstimmend auch von bürgerlichen Nachrichtenbüros zugeht. Es schloß übrigens gerade noch, daß die erwähnten „Rotheliler“ nicht entlassen worden wären. Im übrigen erübrigt sich jeder Kommentar zu der Bemühung, die Tat der Erwähnten zu beschönigen. Weniger wäre mehr gewesen.

Zur Werbewoche des Verkehrsbundes.

Als Auftakt für die Groß-Berliner Werbewoche des Deutschen Verkehrsbundes fand am Montagabend eine allgemeine Funkkonferenzversammlung der Sektion I (Handelsarbeiter) und Sektion 2 (Transportarbeiter) statt, in der Reifner und Ortman über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften sprachen. Sie legten die Richtlinien dar, die bereits in der Dienstagmorgen-Ausgabe des „Vorwärts“ in gedrängten Zügen skizziert wurden. Alle Vertrauensleute haben die Pflicht, Gruppen- und Betriebsversammlungen einzuberufen und die Kollegen auf die neuen Anstöße der Unternehmer gegen die tariflichen Rechte und gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer aufmerksam zu machen. Am 1. Mai soll, entsprechend des Auftrages des DVB, auch von den Transportarbeitern geschlossen die Arbeitsruhe durchgeführt werden. Die Aussprache bewegte sich im Sinne der Referenzen.

Verbandsstag des Zentralverbandes der Angestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hat seinen zweiten ordentlichen Verbandsstag für den 22. Juni nach Kassel einberufen. Vor kurzem hat der Verbandsbeirat getagt und sich mit innerorganisatorischen Fragen sowie mit der wirtschaftlichen Lage der Angestellten beschäftigt. Die an der Tagung teilgenommenen Geschäftsführer der großen Ortsgruppen konnten im allgemeinen Fortschritt aus der Bewegung berichten. Der Mitgliederbestand und die Massenverbände der Ortsgruppen sind gut. Es ist ein Stamm von tüchtigen Mitarbeitern in fast allen Ortsgruppen vorhanden. Die Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsarbeit, die in den verflochtenen Jahren fast nur mit Tarifarbeit beschäftigt wurden, konnten nach Eintreten der Marktstabilisierung sich wieder ihren uralten Aufgaben zuwenden. Der kommende Verbandsstag wird sich ebenfalls mit innerorganisatorischen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Achtung, VSPD-Metallarbeiter!

Donnerstag, abends 7 Uhr, in den Sophienböden, Sophienstraße 17/18, Versammlung aller VSPD-Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Artur Crippien über: „Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“. 2. Ausgabe von Wahlmaterial. Alle Betriebe, besonders kleine und Mittelbetriebe müssen vertreten sein. Parteiloswels legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, Bauarbeiter! Die Barfettbodenarbeiter befinden sich im Streik. Jeder Arbeitende muß einen Ausweis von seiner Organisation haben. Deutscher Soliarbeiterverband.

In Budapest sind infolge der Ausperrung im Zeitungsgewerbe gestern keine Zeitungen erschienen. Die Regierung ließ eine Kotzettelung, die vier Seiten umfaßt, drucken. Im Laufe des Tages begannen Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Deutscher Verkehrsband, Agitationsbezirk 18 und 19 Wehling: Verbandsmitglieder! Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Schulstraße, Platanenstr. 16/17, große Bezirksmitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften. Referent: Reichstagsagitationsreferent Franz Rühlert. 2. Diskussion. Jedes Mitglied hat zu dieser Versammlung bestimmt zu erscheinen. Zur Verschärfung der Versammlungsumgebung wird der Reichstagswahlmaterial mit einigen guten Uebereitungen. Keiner fehlt! Die Namen der Mitglieder sind mitzubringen. Mit kollegialem Gruß die Delegationsleitungen. J. U. Herrn, Müller, Herrn, Koller.

Schulungsanstalt für die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten. Nach Ultern beginnt ein neuer Ausbildungskursus. Der Kursus findet zweimal in der Woche, und zwar Dienstags und Freitags in den Abendstunden statt. Die Dauer des Kurses beträgt 3 Monate. Anträge zur Aufnahme in den Kursus müssen bis spätestens 15. April in den Bureau unterers Verkehrsband, Pöhl-Allianz-Str. 7/10 oder: Kommandantenstr. 6/64, eingereicht werden. Weitere Mitteilungen über Beginn und Kosten geben dann den Antragsstellern zu.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Saltruss; Gewerkschaftsorganisation: J. Geisler; Revolution: Dr. John Schilowski; Politik und Sozialismus: Franz Rühlert; Referent: Dr. Gode; Literarisch: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt „Neul Singer u. Co.“ Berlin SW. 68. Einzelhefte 3. Hierzu zwei Beilagen und „Die Wächterin“.

Madenwürmer

Springwürmer, Spulwürmer werden bestraft d. Wurmmittel „Leoladon“, wahlweise, Arefa-Schokolade. Mit genauer Anweisung. Schachtel 90 Pf. Nur echt vom Laboratorium Leo, Dresden-K. In allen Apotheken und Drogerien.

Rajanof-Hautcreme

Die Creme der eleganten Welt, einzigartig parfüm.ert. Zu haben in einschlägigen Geschäften.

Rajanof G. m. b. H., B.-Oberschöneweide, Frischenstr. 35
Telephon: Oberschöneweide 535 u. 744

Sophien-Säle Sophienstraße 18

Säle frei * Nrd 9296

MIT 28 **Recht sind sie mißtrauisch**
gegen jeden Luxus *
Kleine Massary-Zigarette in schlichter Hülle!
URTEILEN SIE SELBST!

Unter der Erde.

Die harte Wohnungsnot, die schon in der Kriegszeit stark hervortrat, bekommt man erst richtig zu spüren, wenn man einzelne Mietskasernen durchstreift und einen Einblick tun darf in das, was sich oft "Wohnung" nennt.

Im Reiche des Hauschwamms.

In der Wolgaster Straße beginnt unsere Wanderung. Wir überschreiten den schmalen Hof und steigen eine Kellertreppe hinunter. In der Küche sieht es wenig anheimelnd aus. Sie ist etwa 4 1/2 bis 5 Meter lang und hat eine Breite von 1 1/4 Meter.

um das Ungeziefer fernzuhalten, teilweise mit Brettern bedeckt sind. Von den zwei vorhandenen Fenstern läßt sich nur das eine öffnen. Die Wände sind ohne Tapete, dafür aber reichlich mit Löchern bedeckt. Rost und Fuß fallen herab, so daß das bloße Mauerwerk sichtbar wird.



Besuchers um. Wohnen hier Menschen oder haben Tiere in dieser Höhle ihren Unterschlupf gefunden? Das Küchenmobiliar besteht aus einem einzigen Stuhl und einem kleinen Spind, worauf etwas Geschirr steht. Schmutz ist überall und vergebens sucht man einen sauberen Winkel.

Das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Leben jener Großstadt-Höhlenbewohner, von deren Existenz die große Menge kaum eine Ahnung hat. Das Elend, in tausend Formen ausgeprägt, findet hier einen Ausdruck von so niederdrückender Kraft, daß man meinen möchte, es bedürfe nur des Hinweises auf diese Dinge, um sie für immer aus der Welt zu schaffen.

Ein Autobus umgestürzt.

Zusammenstoß eines Wagens der Linie E mit einem Privatauto. — Fünf Verletzte.

Ein im Berliner Verkehrsleben sehr seltener Unfall ereignete sich gestern nachmittag am Lühnowufer. Ein Autobus der Linie E (Hafensee—Unter den Linden) stieß dort mit einem Geschäftsauto, das in wilder Fahrt an dem Autobus vorbeizog, zusammen und brachte den Autobus zum Umstürzen.

Der Bürger.

Von Leonhard Jeant.

Setzte sich in den Sessel. Plötzlich sah er, wie damals, Jürgen mit Elisabeth in der Halle eines Pariser Hotels stehen. „Das bin ja gar nicht ich. Das ist ein ganz anderer. Nicht der, den ich suche...“

„Die Richtung! Bitte! Ich bitte. Die Richtung! Welche Richtung führt zu mir?“ fragte er den Schutzmann. Der antwortete: „Nicht stehen bleiben! Vorwärts!“

„Paß! Ueberzeugen Sie sich!“ „Oh! schon!“ Füllte den Meldezettel aus. Und hüpfte in seinem Zimmer vor Vergnügen, den Vortier getäuscht zu haben. „Was die anderen können, kann auch ich.“

(Fortsetzung folgt.)

gepielt hatte und unter deren Trümmern begraben worden war, wurden mit dem Rettungswagen nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Drei Verletzte konnten wieder entlassen werden, nachdem sie verbunden worden waren. Ein Kaufmann Bruno Balzer aus Charlottenburg und das Kind Ehrentraut, an dessen Ausflügen er teilnahm, wurden in dem Krankenhaus bleiben. Fünf Fahrgäste suchten die Rettungswache in der Vichhornstraße auf, um sich verbinden zu lassen. Sie hatten Verletzungen am Kopf, an den Händen und den Füßen erlitten, konnten aber nach ihren Wohnungen entlassen werden. Die Verletzungen, die die Kriminalpolizei des 33. Reviers sofort vornahm, ergaben, daß der Führer des Geschäftsautos allein die Schuld trifft. Der Führer und der Schaffner des Omnibus kamen ohne Verletzungen davon.

Eine Darstellung der Omnibusgesellschaft.

Auf Erkundigungen erfahren wir weiter folgendes: Der Omnibus befand sich auf der Fahrt vom Bülowplatz nach der Potsdamer Straße. Unmittelbar vor der Einmündung der Behnhöfer Straße wurde er von einem Geschäftsauto in schneller Fahrt, und, wie durch Zeugenangaben bereits festgestellt ist, in ganz geringem Abstand überholt. Schließlich fuhr das Geschäftsauto mit der rechten Hinterachsstange gegen die linke Vorderachsstange des Omnibus und schlug dadurch dem Omnibusführer das Venenrad aus der Hand, so daß der Omnibus mit einem Ruck nach rechts abgelenkt wurde. Er geriet auf den Bürgersteig, brach mit der rechten Seitenwand einen Laternenpfahl um und fuhr mit dem rechten Borderrad auf die an der Ecke stehende Kioskfläche auf und warf sie um. Das rechte Borderrad blieb auf den Trümmern des Kiosks stehen, und dadurch kam der Wagen in eine starke Schräglage nach links, zumal die linken Räder inzwischen wieder über die Borderräder hinaus auf die tiefer liegende Asphaltfläche gelangt waren. Die Fahrgäste verließen eiligst den Wagen. Infolge dieser Entlastung wurde das immer noch auf dem zusammengepreßten Blechmantel der Kioskfläche liegende Borderrad emporgehoben, so daß der Wagen sich allmählich auf die linke Seite legte. An dem Omnibus selbst sind lediglich einige Scheiben auf der linken Seite zerbrochen. Der Abtransport des Wagens geschah durch Werkstattpersonal der Omnibusgesellschaft. Zu diesem Zweck mußte allerdings der Ausbau vorübergehend vom Lier gelöst werden, wodurch bei einem Teil der später hinzugekommenen Zuschauer der Eindruck entstand, als ob der Wagen schwere Beschädigungen erlitten hätte. Wie uns ferner von der Direktion der ABOAG mitgeteilt wird, hat ein zufällig des Weges kommender Radfahrer die Verfolgung des Geschäftsautos aufgenommen, das den Unfall durch Einfahren des Autos verschuldet hätte und sich seiner Feststellung durch Weisungen zu entziehen suchte. Der Radfahrer wird gebeten, der Allgemeinen Berliner Omnibus-Firmengesellschaft möglichst bald über den Erfolg seiner Bemühungen Mitteilung zukommen zu lassen.

Die Verletzten.

Von den insgesamt verletzten 11 Personen sind der Kaufmann Bruno Balzer aus Lichterfelde, Straße Nr. 4, und das sechsjährige Mädchen Lucie Ehrenbach, aus der Behnhöfer Str. 7, schwer verletzt. Balzer hat einen Oberarmbruch, die Kleine Lucie Ehrenbach schwere innere Verletzungen davongetragen. Beide befinden sich im Elisabeth-Krankenhaus. Mit leichten Verletzungen sind dazugekommen: 1. der 36 Jahre alte Kaufmann Alexander Waffernann aus Charlottenburg, Kantstr. 54 — im Gesicht und am Oberarm verletzt; 2. der 55 Jahre alte Ingenieur Gustav Labischin, Nollendamm 146 — Kopfverletzung; 3. der 39 Jahre alte Arbeiter Karl Wille, Blumenthalstr. 17 — Fußverletzung; 4. der 22 Jahre alte Schweizer Alfred Kloster, ebenfalls Blumenthalstr. 17 — Fußverletzung; 5. der 36 Jahre alte Hotelbesitzer Heinrich Hofke, Friedrichstr. 165 — Unterarmverletzung; 6. der 30 Jahre alte Georg Boigt, Prinzenstr. 90 — Kopfverletzung; 7. dessen blühende Ehefrau Elisabeth — Gesichtsverletzung; 8. die 29 Jahre alte Buchhalterin Gertrud Rosenit, Tüftlerstr. 68 — Verletzungen am rechten Unterschenkel; 9. der 27 Jahre alte Kaufmann Arthur Ruh, Bohlstr. 12 — Nervenschäd.

Die Blondgelockte mit den Nissen.

500 Goldmark Belohnung zur Aufklärung des Frauenmordes.

Das Verbrechen in der Albenlebenstraße und die Ermittlung zu seiner Aufklärung beleuchten wieder einmal die nächtlichen Zustände in der Gegend des Bülow-Bogens. Man glaubte zunächst, daß die Ermordete jene Frauensperson gewesen sei, deren Hülsen von nächtlichen Gästen eines Lokals gehört wurden. Nach den weiteren Ermittlungen handelt es sich hierbei um einen anderen Vorfall.

Wie die Nordkommission jetzt festgestellt hat, war die ermordete Händlerin Schatz bis 1 Uhr nachts in dem Café „Diala“ an der Ecke der Steinweg- und Albenlebenstraße zusammen mit einer

zu dieser Zeit heimkehrte und die Polizei benachrichtigte. Die Tot lag nicht, wie es zuerst hieß, auf dem Rücken, sondern auf dem Gesicht. Der Tazort und der Fundort stimmten sicher nicht überein. Die Ermordete ist nach dem Befund aus einiger Entfernung nach der Albenlebenstraße 23 geschafft und dort so in die Hausstürze hingelegt worden, wie sie herangeschleift worden war. Zu ihren Füßen lagen ihr Hut, ihre Tasche und ihr Kissen. Weit entfernt wird also der Tazort kaum gewesen sein, weil die Leiche noch warm war. Alle diejenigen, die die Händlerin, ein Mädchen mit blonden Locken und dem Kissenstrauß in der Hand, in der Nacht gesehen haben, werden dringend ersucht, sich unverzüglich bei den Kriminalkommissaren Tretin und Quack im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums zu melden. Für zweidielrige Mitteilungen aus dem Publikum hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 500 Goldmark ausgesetzt.

Öffentliche Wählerversammlungen

heute, Mittwoch, den 9. April, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Friedrichshain (33. Abt.): Schulaula Naglerstr. 3. Referent: Landtagsabgeordneter Barfels.

Charlottenburg: Aula Wiebestraße, Eingang Neues Ufer. Referent: Landtagsabgeordneter Lademann.

Dahlem: Lokal Schilling, Königin-Luise-Str. 42. Referent: Schriftsteller Robert Breuer.

Lichterfelde: Aula Oberrealschule, Ringstraße 2/3. Referent: Reichstagsabgeordneter Franz Künzler.

Donnerstag, den 10. April, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Wilmerdorf: Hindenburg-Oberrealschule am Seepark. Referent: Legationsrat Dr. Fiedlin.

Tempelhof: Aula Gemeindefaule, Friedrich-Wilhelm-Straße Ecke Werderstraße. Referent: Reichstagsabgeordneter Franz Künzler.

Budow-Brig: Turnhalle in Budow, Dorfstr. 6. Referent: Bezirksverordneter Lempert.

Pankow: Lokal Vinder, Breite Str. 34. Referent: Landtagsabgeordneter Erich Kuttner.

Blankenburg: Lokal Klug, Dorfstraße. Referent: Bürgermeister Karl Leid, W. d. L.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Kampf um den neuen Reichstag!

Prenzlauer Berg (26. und 28. Abt.): Lokal Büttner, Schwedter Straße. Tagesordnung: „Die internationale Bedeutung der Reichstagswahlen.“ Referent: Redakteur Viktor Schiff.

Freundin Charlotte Frihe, mit der sie den Beginn ihres Geburtstages gefeiert hatte. Um 1 Uhr trennte sie sich von der Freundin und ging mit ihrem Geburtstagsgeschenk, einem Kissenstrauß, in der Hand nach der Gegend des Bülow-Bogens. Zuletzt wurde sie von einem „Bursin“ gesehen, mit dem sie sich ein Weibchen unterhielt und bei dem sie auch eine Wurst verzehrte. Zu dieser Zeit soll sie noch etwa 100 Rentenmark bei sich gehabt haben. Seit dem Abschied von dem Bursin fehlt jede Spur von ihr. Die junge Händlerin, die in der Gegend bekannt war, wohnte unangemeldet bei einer Freundin in der Schwedterstraße 7. Sie betrieb nun zwar ihren Handel, verschmähte es aber auch nicht, Männerbekanntschaften zu machen. Das ist ihr vermutlich zum Verhängnis geworden. Für die Kriminalpolizei kommt es zunächst darauf an, zu ermitteln, wo sich die Händlerin nach 1 Uhr nachts aufgehalten hat. Aufgefunden wurde sie etwas nach 3 Uhr von einem Mann aus dem Hause Albenlebenstraße 23, der

Urteil im Gismischer-Prozess.

In dem Prozeß gegen die Gismischerin Rose Genschow ist gestern abend das Urteil gefällt worden. Das Gericht sprach die Angeklagte Rose Genschow in den beiden Fällen M. und Sch. frei und nahm im Falle Henpel, der infolge der Vergiftung gestorben war, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang an. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Ein Jurist schreibt uns:

Es wollte fast scheinen, die Sachverständigen bräuchten ihr Gutachten nicht abzugeben, die Parteien ihre Plädoyers nicht zu halten; die Angeklagte müßte freigesprochen werden. So wohlwollend und mißfühlend klang die Stimme des Vorsitzenden. Der Schein erwies sich als trügerisch. Die erste Sitzung des sogenannten „Schwurgerichts“ hat ein Resultat gezeitigt, das das wahre Schwurgericht schmerzlich aufgewiesen hätte: die notorisch kranke, absolut hastunfähige Frau — die Angeklagte war deshalb auf freies Fuß gesetzt — ist zu 2 $\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Was stellt nun die Gismischerin Genschow vor, und wie ist sie zu ihren Verbrechen gekommen? Man ist fast versucht zu sagen: nicht so sehr die Genschow hat selber anderen Gift gemischt, sondern das Schicksal hat seine Gifte in die Genschow gemischt. Man könnte fast glauben, sie habe den Ueberfluß an Giften in ihrem eigenen Organismus anderen abgegeben, so voll Gifte ist Körper und Seele bei ihr. Ihr erstes Kindheitsereignis war das von der Linde vergiftete Schwesterlein; das zweite, als sie zehn Jahre alt war, der an progressiver Paralyse infolge einer Syphilis gestorbene Vater; das dritte das syphilitische Gift eines Japaners in ihrem eigenen, kaum löchigen Körper; das vierte die erste ihr von ihrer morphinistischen Mutter verabreichte Dosis von Morphinum. Die Großmutter beiderseits Trinker, Onkel und Tanten Trinker, Geistesranke und Selbstmörder, Cousins und Cousinen Opioten, die Mutter vom Vater der Angeklagten syphilitisch infiziert, eben an der Rückenmarkschwindsucht krank im Irrenhaus. Die erblich schwer alkoholisch, pöbellich und syphilitisch schwer belastete Psychopathin, Tochter des Rittergutsbesitzers, erhält zwar eine höhere Schulbildung, wird aber, willensschwach und haltlos, wie sie ist, von den Giften in ihrem Körper früh auf sexuelle Abwege getrieben. Die Morphinumsucht ihrer Mutter teilt sich auch ihr mit. Bald zerstört sie ihre körperlichen und geistlichen Kräfte durch ungeheure Dosen von Morphinum, Opium, Kokain und Baronal, bald versucht sie sich den Giften durch wiederholte Heilkuren und Selbstmordversuche zu entziehen. Bösig im Banne ihrer Sucht, muß sie unter allen Umständen, koste es, was es wolle, die Mittel zu deren Befriedigung aufstreifen. Sie begeht Verbrechen, fälscht Rezepte, verfallt auf Diebstähle, gibt sich Männern hin, betäubt ihre Schlafgenossen um ihnen Wertgegenstände und Geld entwinden zu können. So fällt

Weißer Zähne

erhalten Sie Ihren durch 1-2 maliges Waschen mit dem besten erfindlichen Zahnpulver Chlorodont. Gegen alle Mundgerüche wirkt auch mit Erfolg Chlorodont. Mundwasser verwenden.

Zum Fröhjahrshausputz

PERSIL
für alle Wäsche

HENKO
für Wasch- und Scheuerzwecke

ATA
zum Putzen

Verkaufspreis 45 Pf. das Paket

Überall erhältlich. Nur in Originalpackung, niemals lose!

auch Hempel ihre Sacht zum Opfer. Sie, die ungeheure Mengen von Sittten in sich aufnehmen konnte, hat das Maß für die Dinge verloren, hat sich nicht denken können, daß Hempel an der verhältnismäßig so „geringen“ Dosis von Gift das Leben verlieren würde. Medizinalrat Dr. Thiele, der sie als Psychopatin schilderte, und Prof. Dr. Strauch, der dem Bericht die Gefährlichkeit ihrer Abstinenzstadien darlegte, gaben beide ihr Gutachten dahin ab, daß es nicht ausgeschlossen erscheine, daß die Genschow sich in einer krankhaften Störung der Geistesfähigkeit befinden habe und zu einer freien Willensbestimmung nicht fähig gewesen sei. Denn unter dem Einfluß des Morphinismus wäre eine vollständige Umwandlung ihrer Persönlichkeit vor sich gegangen, die als eine Lähmung des Gewissens bezeichnet werden könne. Sie sei einfach nicht imstande gewesen, die Willenskraft aufzubringen, die nötig gewesen war, um ihren Trieben und Wallungen entgegenzutreten zu können.

Das Gericht hat den § 51 in bezug auf die Genschow nicht anwenden wollen. Die herzranke, schwer tuberkulöse, feilsch und physisch vollständig erschöpfte Frau wird im Gefängnis nun ihr Schicksal hüten müssen. Sie war gemeingefährlich, solange sie Morphinistin war. Ist es bereits Dr. Thiele gelungen, sie vom Morphinium zu entwöhnen, so hätte sie ein Aufenthalt in einer Anstalt vielleicht in kürzester Zeit ungefährlich gemacht. Das Gefängnis wird jedenfalls ihr Grab sein. Der Fall der „Giftmischerin“ Genschow wird unter den „berühmten“ Kriminalfällen ein Schulbeispiel dafür sein, wie gehäufte erbliche Belastung unter gewissen Umständen naturnotwendig zum Verbrechen treibt. Die Brüder und Schwestern der Verurteilten haben sich trotzdem im Leben zurechtgefunden. Wäre nicht in der Entwicklung der Genschow eine Reihe besonders unglücklicher Umstände zusammengetroffen, hätte ihre Mutter ihr nicht die erste Morphinumpritze gereicht, so wäre sie vielleicht doch nicht zur Verbrecherin geworden.

Die Einkommensteuer.

Bei welcher Klasse geschieht die Vorauszahlung?

Früher wurde die Reichseinkommensteuer bekanntlich von den städtischen Steuerkassen für das Reich eingezogen. Seit über einem Jahr ist dagegen die Reichsfinanzverwaltung bemüht, die Einziehung auf die eigenen Finanzklassen zu übernehmen. Die Uebernahme konnte jedoch insbesondere wegen der Raumfrage nur allmählich durchgeführt werden, so daß auch heute noch zum Teil städtische Steuerkassen für die Einziehung der Reichseinkommensteuer zuständig sind. Mit Rücksicht auf die am 10. April fällig werdende allgemeine Einkommensteuervorauszahlung wird deshalb auf folgende hingewiesen: In den Verwaltungsbezirken Charlottenburg, Pantow und Reinickendorf sind nur die städtischen Steuerkassen für die Einkommensteuervorauszahlungen zuständig, in den Bezirken Wedding, Friedrichshagen, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Spandau, Tempelhof, Lichtenberg, Köpenick, Neutölln und Weichensee nur die Finanzklassen. — Lediglich in den Verwaltungsbezirken Mitte, Tiergarten, Prenzlauer Berg, Kreuzberg, Wilmersdorf und Wilmersdorf ist die Uebernahme nur teilweise durchgeführt, und zwar ist bei diesen Bezirken die Einkommensteuer an die Finanzklassen zu zahlen, wenn der Steuerpflichtige zu einem der Finanzämter Mitte, Rosenthaler Tor, Humboldthafen, Wilmersdorf oder Wilmersdorf-Nord gehört, andernfalls an die städtische Steuerkasse.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Genosse Rucheweder hat sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Dafür tritt Genossin Dittlie Berndt in die Stadtverordnetenversammlung ein. Sie hat ihr schon früher (1919-20) angetreten.

Die Hauszinssteuer (Mietzinssteuer) ist vielfach von den Hausbesitzern bereits in der Weise erhoben worden, daß von den

Mietern 16 Proz. der Friedensmiete, über die gesetzliche hinaus, eingezogen haben. Dieses Verfahren ist unzulässig und führt nur zu Schwierigkeiten, denn der preussische Wohlfahrtsminister wird voraussichtlich die Umlage der Hauszinssteuer auf die Mieter anordnen, wobei sich in den meisten Fällen geringere Prozentsätze als 16 Proz. der Friedensmiete ergeben werden. Die Mieter tun also gut daran, die Anordnung des Wohlfahrtsministers abzuwarten und zunächst die Hauszinssteuer noch nicht zu zahlen, zumal auch die Hausbesitzer die Steuer erst nach dem 15. April zu zahlen haben.

Der falsche Ghendl. Zu unserer Notiz über den Vortrag eines indischen Sozialisten teilt uns die Abt. in des Polizeipräsidenten mit, daß es sich hier um einen Schwindler namens Gantert handelt, der aus Baden stammt und seit dem Jahre 1901 die Gerichte wegen verschiedener Hochstapereien beschäftigt hat.

Die Frist zur Abgabe der Vermögenssteuererklärung ist bis zum 30. April verlängert worden.

Schließung des Bahnhofes Hohennendenorf. Der Bahnhof Hohennendenorf an der Nordbahn wird vom 15. April ab vorübergehend für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Die Reisenden müssen nach und von Stolpe (Kreis Niederbarnim) fahren.

Spezialchor für proletarische Festsünden. Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Nebungsstunde im Gesangschor der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 18/17.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Wegen technischer Schwierigkeiten wird die „Ger. Ghnl.“-Ausführung vom 20. April auf den 11. Mai verlegt. Dafür am 20. April „Lasso“ von Goethe. Die für den 20. April ausgedruckten Karten behalten ihre Gültigkeit. Für die Ausführung am 11. Mai werden wir neue Karten herausgeben.

Automobilunfall deutscher Journalisten. Wie die „Magdeburgerische Zeitung“ meldet, ist bei der Zuverlässigkeitsfahrt für Kleinmotorräder um den großen Grabpreis 1924 auf der Strecke Magdeburg-Hannover-Magdeburg ein Wagen verunglückt, in dem sich Pressevertreter befanden. Die fünf Insassen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht bekannt.

Ueberschwemmungen in Südrussland. Aus ganz Südrussland werden große Ueberschwemmungen mit ausgedehnten Sachschäden gemeldet. Die Flüsse der fruchtbarsten Gegenden sind über die Ufer getreten und haben weite Strecken unter Wasser gesetzt. Bei Belgrad ist die Donau und die Save über die Ufer getreten. Es wurde ein umfangreiches Rettungswerk organisiert.

Geschäftliche Mitteilungen.

Reis-Karlsruhe und Berge sind befinden sich momentan in der Schiffs-Schweiz auf der Ostsee, wo für den Film „Der alte Hans auf dem Meer“ über eine 15 Meilen lange und 100 Meilen hohe Schlucht eine Brücke gebaut wurde, die mit zwei lebenden Personen, einem Pferd und einem Bogen zum Einzug gelangte. Es soll die größte Sensation sein, die bisher in Deutschland erzeugt wurde.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 9. April.
Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4-4.30 Uhr: Jugendvortrag: „Erfinder und Erfindungen“. 4.30-5 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr: Vortrag des Stadthaumesters Messinger: „Das Gas als wirtschaftlicher Kraftstoff für Industrie und Gewerbe“. 8.30 Uhr: Erster Berliner Operettenabend: Aus Werken von Viktor Holländer. Mitwirkende: Charlotte Froyer, Bernhard Bostel, Eduard Kandl, Trio Jost-Hopf-Werner. Am Flügel: Viktor Holländer.

Jugendveranstaltungen.

Werbewoche der sozialist. Arbeiterjugend Gr.-Berlin.

Achtung, Abteilungsleiter! Wir erinnern daran, daß für März die Fahrpreiserhöhungsanträge bis Dienstag, den 11. d. M., der Eisenbahndirektion auf den Hauptbahnhöfen und auf den Stadtbahnhöfen Charlottenburg und Alexanderplatz eingereicht sein müssen. Von anderen Bahnhöfen wird Fahrpreiserhöhung nicht erteilt.

Achtung, Abteilungsleiter! Soweit die Beitragsmarken für März noch nicht abgerechnet sind, bitten wir, dieses heute, Mittwoch, zu erledigen. Ferner sind die Beitragsmarken für April, unter „Jugend voran“ und die Arbeiterjugend-Zeitung abzugeben.

Heute, Mittwoch, den 9. April, 7 1/2 Uhr:

Falkenberg-Wil.-Güterstraße: Jugendheim. Von Falkenberg 117. Vortrag: „Schulreform“. — Friedrichshagen: Jugendheim. Coornvelderstr. 108. Jugendfeier. — Köpenick: Schule. Köpenickerstr. 34. Einführungabend. Vortrag: „Was will die G.S.P.“. — Reinickendorf-West: Kinderhort. Auguste-Bismarck-Platz. Hauptmitgliederversammlung. — Tempelhof: Jugendheim. Hermannstr. 14. Kinderhort. Vortrag: „Der Stammesbaum der Deutschen“, 2. Teil. — Wedding: Reichshaus. Vortrag: „Kantons“. Vortrag: „Gemeinschaftserziehung“.

Werbewoche Ostern und Ostbahn. Film-Abend: „Ich fahre in die Welt“ in der Schauloka Petersburger Str. 4. Sonntag 7 Uhr. Umlaufbeitrag 40 Pf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gesellschaft für Sexualreform. Vortrag am Donnerstag, den 10. April, abends 8 Uhr, in der Schauloka, Friedrichstr. 124. Rede: Dr. Heinrich Friedländer, Sexualreform. Vortrag: Dr. Berthelmann spricht über „Sexualität und Strafrecht“. Freie Auslegung.

Der Mieterverein des Groß-Berliner Bezirkes (Nahelbergr. Str. 11a) mit seine Mitglieder und die Mieterin zu einer öffentlichen Versammlung auf, die am 11. April im großen Saal des Viktorie-Gartens, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstr. 114/115, abends 8 Uhr, stattfinden wird. Der 1. Vorsitzende Dr. Goebel wird den Mietern darüber Aufklärung geben, wie sich sämtliche politische Parteien bisher zu den Mieterinteressen, insbesondere dem Reichsmietengesetz, dem Mieterkündigungsgesetz, dem Wohnungsmietengesetz und dessen Aufrechterhaltung sowie der Aufrechterhaltung der Zwangsmitgliedschaft im Wohnungswesen überhaupt geäußert haben.

Gesellschaft sozial. Arbeiter. Mittagsversammlung Donnerstag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Arbeiterwohnheim, Reichshaus, 144. Generische Vortrag des Genossen Friede. Gäste willkommen. — Die Arbeiter den 11. April, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung in der Schauloka, Alexanderplatz, 124. Thema: „Kultur - Reaktion“. Ref.: Gen. Dr. Ewenstein. Gesang: Reichshaus-Chor.

Sei sparsam!!!

Nimm:
NIVODONT-ZAHNPASTA
als billigstes und bestes Zahnpflegemittel,
um weiße und gesunde Zähne zu erhalten

CALCIFORM-TABLETTEN
als Schutz gegen Erkältung, Grippe und gegen Mundgeruch

CAMPOLINT
als beste Hautcreme zur Behandlung von Frost- und Hautwunden und gegen rauhe und rote Haut

CAVALIN
als sicher und schnell wirkendes Streupulver
gegen Fuss- und Achselschweiß. Ohne
schädliche Nebenwirkung.



WENESTI ORANGE

für



unübertrefflich!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Alle Abteilungen bereiten am Freitag, den 11. April, den „Vorwärts“ als Wählerzeitung. Die Genossinnen und Genossen werden zur Beteiligung aufgefordert. Ausgabe in den bekannten Stellen.

Der Bezirksvorstand.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: Heute Mittwoch, 26 Jahre in die Welt in der Schulaula Petersburger Str. 4. Einzug 7 Uhr. Umfassenbeitrag für Kinder 20 Pf.

7. Kreis Charlottenburg: Donnerstag, den 10. April, 7 1/2 Uhr, Schillerstr. 26. Vorträge und Diskutierabend der freien Schulgenossen. Vortrag von Herrn Kemmelf über: „Der Wert der Nachklausuren für das schulpflichtige Alter.“ Schulangelegenheiten. — **Stammesversammlung:** Donnerstag, den 10. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Bezirksleiter, Pöhlchen, Adalgsdamm (Olympia-Rundbahn). Tagesordnung: „Stammesfeier und Reichstagswahl.“ Ref.: Landesrat Dr. Widen. Besondere Schlußreden: Herr Dr. Widen, Herr Dr. Widen. — **Reisensammlung:** Donnerstag, den 10. April, abends 7 Uhr, Sitzung in der Bezirksleitung Schillerstr. 1.

8. Kreis Wilmersdorf: Der Sozialist für die Wählerversammlung am Donnerstag, den 10. April, um 7 Uhr zur Stelle sein.

17. Kreis Lichterfeld: Donnerstag, den 10. April, 7 Uhr, beim Gen. Seipe, Kronprinzenstr. 47. Versammlung der Ortsverwaltung. Die Abteilungsleiter sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß jede Abteilung vertreten ist. Urkunden mitbringen.

18. Kreis Wilmersdorf: Einzugsprogramme zur Reichstagswahl in der Stadthalle am 20. April, zur „Reisen-Robe“ am 27. April im Theater am Zoo. Preis 20 Pf., sind beim Obmann des Bildungsausschusses, Gen. Seipe, Schillerstr. 7, zu haben.

Heute, Mittwoch, den 9. April:

1. Abt. 7 1/2 Uhr Schulaula Auguststr. 28. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Reichstagswahl.“ Ref.: Genosse Konz.
2. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Gräber, Schillerstr. 18.
3. Abt. Die Genossen werden gebeten, sie heute abend 7 Uhr in der Schulaula Roggenstr. 8 teilnehmende öffentliche Wählerversammlung zu besuchen. Ref.: Landtagsabgeordneter Partei, Mitglied des Parteivorstandes.
4. Abt. 7 1/2 Uhr Teilnehmende: Wulf, Tilsiter Str. 27, Liebermann, Sternborfer Str. 8, Wittich, Petersburger Str. 3. Wichtige Tagesordnung.
5. Abt. 7 1/2 Uhr Teilnehmende in der Schulaula Wrangeistr. 85. „Unser Wohlbehagen.“
6. Abt. **Schwarzröbber:** 8 Uhr Teilnehmende in der Gemeindefeier in der Friedrichshagenstr. Vortrag des Gen. Karl Fischer: „Bisherige Erfahrungen und Erfolge im Wahlkampf.“ Erläuterung des Wahlrechts.
7. Abt. **Lichterfeld:** 7 1/2 Uhr Teilnehmende in der Schule Hoonstraße. Wichtige Tagesordnung.
8. Abt. 7 1/2 Uhr Teilnehmende: 13., 17. und 24. Bezirk: Gemeindefeier in der Schulaula, 15. Bezirk bei John (früher Gräber). Fußball, 45. 22. Bezirk bei Gen. Wainzer Str. 4, 23. und 24. Bezirk bei Pöhlchen, Weichselstr. 2, 25. Bezirk bei Wainzer, Weichselstr. 2, 24. und 25. Bezirk bei Gen. Wainzer Str. 4, 23. 25. Bezirk bei Schiller, Donaustr. 115. Donnerstag, den 10. April, 6 1/2 Uhr bei Frid. Weiserstr. 21. — 21. Abt. Teilnehmende in folgenden Lokalen: 20., 21., 22. und 23. Bezirk bei Adler, Rosenthalstr. 4, 27. und 28. Bezirk bei Berndt, Reuterstr. 20, 41., 42., 43. und 44. Bezirk bei Wilsch, Münchener Str. 23, 40. Bezirk bei Wilsch, Rosenthalstr. 12.
9. Abt. **Reichshagen:** 7 1/2 Uhr Teilnehmende in allen Bezirken: 1. Bezirk bei Regel, 2. und 4. Bezirk im Aufbruch, 3. Bezirk bei Weiser, Chausseestr. 66, 5. und 6. Bezirk bei Bohle, Werder Str. 37. Tagesordnung: Aussprache über die Reichstagswahl.
10. Abt. **Reichshagen:** Pünktlich 7 Uhr Mitgliederversammlung im Feindesaal der Gemeindefeier, Reichshagen. Tagesordnung: Vorbereitung für die Reichstagswahl und Wähler.

114. Abt. **Lichterfeld:** 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Schwarz, Schillerstr. 17.
 115. Abt. **Lichterfeld:** 7 1/2 Uhr Teilnehmende: 1. Gruppe bei D. Rieche, Jungstr. 10, 2. Gruppe bei Gräber, Jungstr. 29, 3. Gruppe bei Rieche, Wilschstr. 10, 4. Gruppe bei Seipe, Kronprinzenstr. 47. Jede Gruppe hat einen Sprecher.
 120. Abt. **Wilmersdorf:** 7 1/2 Uhr Parteiverammlung: 1. Bezirk bei Winge, 2. Bezirk bei Gollas (Friedrich), 3. Bezirk bei Wainzer, Wangehausstr. 102, 4. Bezirk bei Seipe, Oberlindenburger Str. 3, 5. Bezirk: „Grüner Baum“.
 127. Abt. **Lichterfeld:** Pünktlich 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schule Wrangeistr. 85.
 140. Abt. **Wilmersdorf:** 7 1/2 Uhr Teilnehmende im Lokal Richard Schulz, am Bahnhof.
- Morgen, Donnerstag, den 10. April:**
- Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:** Pünktlich 7 Uhr Parteiverammlung in der Stadthalle, Damsiger Str. 25, Zimmer 19, 7 Uhr.
- 88. Abt. Wilmersdorf:** 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Hoonstraße.
- 128. Abt. Wilmersdorf:** Sämtliche Funktionäre der 3 Abteilungen treffen sich 6 1/2 Uhr zur Sitzung bei Lindner, Breitestr. 34. Keiner darf fehlen.
- 101. Abt. Reichshagen:** In der Bezirksleitung Reichshagen, 15b liegen bis zum 13. April wochentags bis 7 Uhr die Reichstagswählerlisten aus. Die Genossen werden aufgefordert, Einsicht zu nehmen und jedermann darauf hinzuweisen.

Stebetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

21. Abt. Der seit 30 Jahren der Partei angehörende Genosse Moorbecker Ferdinand Schilling, Schillerstr. 12, ist verstorben. Einbürgerung Reichshagen, den 11. April, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg.

22. Abt. Lichterfeld: Gen. Günter Koch, Berliner Str. 123, ist verstorben. Einbürgerung Donnerstag, den 10. April, nachm. 2 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 101.

Achtung! Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes!

Heute, Mittwoch, den 9. April 1924, abends 7 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a:

Funktionär-Konferenz

Jeder Funktionär muß erscheinen. — Die Mitglieder der Ortsverwaltung haben um 5 Uhr Sitzung im selben Lokal.

Tages-Ordnung:
Der Beschluß der Spitzenorganisationen.
Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Barbier von Sevilla
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Gianni Schicchi
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Peer Gynt
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Faust I.

Kammer-Oper

Lessing-Th.
Altenb. 8:
Kolportage
Deut. Künstler-Th.
Altenb. 8:
Eine flor. Tragödie
Variété
Eine musikal. Kur
Kleines Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die Gegenkandidaten
Komödie v. L. Faldt
Trion-Oper
Tägl. 8 Uhr:
Die nackte Tänzerin
Lustsp. v. K. Lothar

Metropol-Variété

8 Uhr **Teubers Marionetten**
Jansen Jackobs & Lo Castini
Herm. Funke jr.
und die übrigen Attraktionen.
10 1/2 Uhr **Radrennen um den Osterpreis**
Willy Lorenz
Golle, Schrago, Arnd, Stollbrink, Techmer, Hahn

Wo kaufe ich billig Schokoladen?

Nur bei **Eisen & Diamant**
Kaiserstraße 4.
Abteilung II:
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahn.)

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Donnerstag, den 10. April 1924, abends 6 Uhr, im Saal des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Johannesstr. 14/15, Seitenflügel, 1 Treppe:
Konferenz aller Funktionäre
der Kammereibetriebe.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen.
2. Stellungnahme zum Manteltarif.
Die Ortsverwaltungen.

Central-Theater

Am 12. April, 7 Uhr, Premiere von „Onkel Nastopschil“
Musik: Volksstück in 3 Akten von C. H. Wolff u. Theo Halton
Musik von Rudolf Jonass — mit Anton Herrfeld als Gast

URANIA TAUBEN.

Im Theater: Am 9. April (5 u. 7 Uhr), am 10. April um 3, 7 und 9 Uhr auf vielfachen Wunsch:
NANUK
Ein Natur- und Kulturdokument aus dem Eskimoland. Einleit. Vortrag: Dr. v. Leszel, Dir. der Urania — Der Film wird von klassisch. Musik begleitet. — Jugendliche zugelaßen

Reichshagen-Theater

Täglich 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Komposition im Olymp
Dönhoff-Brettel
Jeden i. u. 16. neues Programm!

Tuchfabrik-Niederlage H. Lamprecht

Beri u. Treptow, Gouchestr. 17
billigste Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in den modernsten Farben f. Anzüge u. Toiletten

Verlangen Sie stets Spratt's Hundekuchen

Geflügelfutter
-Niederlagen durch Schilder kenntlich-
sonst durch
Spratt's A-O, BERLIN-RUMPELSBURG A 2

Berliner Theater

7.30 U.: Das Weiß im Purpur
Theater am Nollendorfplatz
7.30: Die Perlen d. Cleopatra
Th. im Admiralspalast
Altenb. d. 7 1/2 U.: Drauer u. drüber Die Weitsensation: D. Wund. d. Schatten

Amtliche Wettannahme

des Union-Klubs
Berlin NW. 7, Schadowstraße 8.
Annahme von Wetten für alle Berliner Rennen in der Zentrale, Schadowstr. 8, in allen Filialen und bei den größeren Renn-Ver-einen im Reich.
Auszahlung der vollen Totalisator-quoten ohne jeden Abzug.
Schriftliche Aufträge und Aufträge auf Konto-Einrichtung sind nur an die Zentrale zu richten.



DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER
SCHUTZ-MARKE
macht die Wäsche blendend weiss.



THEHO
Für Vereine, Gesellschaften, Kantinen, Wirtschaftsverbände, beste Bezugsquelle bei
„Theho“
Schokoladengroßhdlg. G.m.b.H.
Jnh. Theodor Hoppe
Bln. - Schöneberg
Sponholzstr. 27
Telefon: Rheingau 7879
Konfitüren, Schokolade, Kakao

Walthalla

Theater Weinbergweg
15 Weltattraktionen
Theater **Folies Caprice**
Täglich 8 Uhr
Onkel Cohn
Schw. v. Reiflingen
Zielka
Friedrichstr. 69
Ecke Leipziger Str.
Variété / Kabarett
im gr. Konzertsaal und Margaretenaal
Tägl. pünktl. 7 1/2 U.
Das neue gr. Progr. der Ereignisse
Paul Beckers
Fr. Sylvaré
Jean Moreau
Tägl. 4 1/2 Uhr
Große Nachmittags-Vorstellung
Große Billardsäle

Casino-Theater

Lothringer Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Trotz d. gr. Erfolges nur noch b. 11. April
Die Mail vom Stelohof
Dienstagabend um 1. Uhr:
Pummels Martha
bei. Vorkurs in 4 Aufzügen
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Robert und Bertram
Wittgenstein
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!
Steppedecken
Preiswert, direkt Fabrik
Herbrand Ströhmhändler,
72 Wallat. 72/73 Spielmarkt,
3. Senbfest u. Nikolausburg-Pl. 2
Alle Steppedecken werden aufgearb.

7 spottbillige Oster-Angebote

- Für stärkste Figuren Passendes. Bei 1/2 Anzahlung wird Gewähltes reserviert.
- 13.30 bis 29.- Covercoatsm. Sommer- u. Regenmänt. Donagala. relnw. Kostüme Relnw. Tuchmänt. Bindel. m. Bliesen Lederiges u. mgl. Quarkeln auf haltb. Futter Bindeform
 - 28.30 99.- Gabardinekostüme Modellkostüme u. Mäntel Frauenkostüme in blau u. schwarz modernste Formen auf reiner Seide für allerstärkste Figuren
 - 32.- 115.- Größte Auswahl zu Osterpreisen in Rips-, Tuch-, Covercoat-, Regen- und Gummimänteln (auch für Herren), Kleidern, Röcken, Lodenkostümen mit und ohne Breeches, Astrachan-, Molree-, Krimmer-, Wollplüsch- und Biberplüschmänteln.
 - 99.- Pelzjacken in Pelle
 - 110.- Plüschmäntel glatt und gepreßt
 - 152.- Seal-Plüschmäntel auf prima Damasse
 - 365.- bis 495.- Seal-Elektrikmäntel beste Verarbeitung
- Extra-Abteilung: Trauer-Magazin**
Große Auswahl in Trauerkostümen, Mänteln, Strickjacken, Jampers, Blusen, Röcken, Hüten, Schleiern und Pieren in allen Preislagen

Metropol-Theater

7 1/2 Uhr: Karneval der Liebe von Walt Bromme
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr:
LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto
Theater A. Rosenfeld
7 1/2 U.: Das Radlradel
Kurt Vespermann
Edith Karlin
Wallner-Theater
8 U.: Mad. Phraso
Ermäßigte Preise!

Wurmex

verzehrt rasch alle schädlichen Stiegenbewohner
Nur 1,75, Kinder 1,10
gegen Mäusen (Wetter) Wurmex noch nötige Wurmex-Salbe
L. A. N. in Drogerien, Lohse & Otto Reichel, Berlin 48, 50, Uferstr. 40/41/42

Schatten-Wunder

Täglich 8 Uhr
Schatten-Wunder
und Ausland-Sensationen
International. Variété

Ein passendes Ostergeschenk!

Elegante Schreibisch-Standuhren in Messingwerk u. Gehäuse, mod. Form, gut reg. Nr. 6. GM. 4.25 } farbig emailliert Nr. 13. GM. 7.25 } und graviert 475 weiß vernickelt, Nr. 13 M. 575, Nr. 6 M. 4.50 schwarz vernickelt, 5.- u. 6.-, portofr. Nachn. 6.50
Teilzahlung gestattet, 10% mehr, 1/2 Anzahlung, Raten 1.-
Nur Postversand. Um-tausch gestattet. Postcheck Berlin 36 22-
Berlin W 62 d
J. Gdanice Bayreuther Straße 7.

BAD-NAUHEIM

HESSISCHES STAATSBAD — Am Taunus bei Frankfurt a. Main — GANZJÄHRIGE KURZEIT

Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- u. Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- u. Nervenleiden.
Vorzügliche Konzerte, Theater, Tennis, Golf, Wurfclubs-Schießstand, Herrliche Park- und Waldspaziergänge. Schöner angenehmer Erholungsaufenthalt.
Sämtliche neuzeitliche Kurmittel. Zimmer mit Verpflegung v. Mk. 5.- bis Mk. 12.-
Man fordere die neueste Auskunftschrift F. 122 von der Bad- und Kurverwaltung Bad-Nauheim.

